

ihkpositionen

Unser Standpunkt. Unser Engagement.

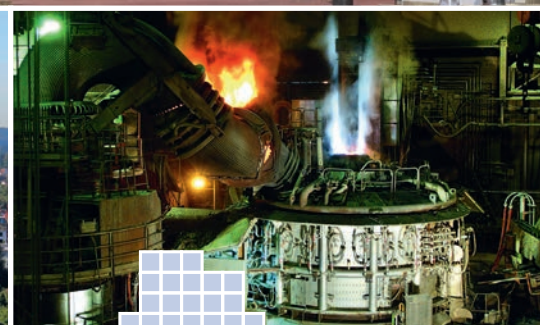


Osnabrück
Emsland
Grafschaft Bentheim

Standortpolitik

Nummer 3

2019



Regionalpolitische Positionen für die Region Osnabrück



Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer
Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim

Neuer Graben 38
49074 Osnabrück
Telefon 0541 353-0
Telefax 0541 353-122
E-Mail: ihk@osnabrueck.ihk.de
www.osnabrueck.ihk.de

Ihr Ansprechpartner

Frank Hesse
Telefon: 0541 353-110
E-Mail: hesse@osnabrueck.ihk.de

Bildnachweise Titelbilder:
stock.adobe.com, ©Yannic Niedenzu
Marius Maasewerd
Stadt Melle
Samtgemeinde Artland

Osnabrück, Dezember 2019

Rechtliches
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch
auszugsweise, nur mit ausdrücklicher und
schriftlicher Genehmigung der IHK
Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim



© Stadt Osnabrück Presse- und Informationsamt

5	Vorwort
6	<p>Handlungsfeld Infrastruktur</p> <p>Kernanliegen 1 – Verkehrsinfrastruktur ausbauen</p> <p>Kernanliegen 2 – Kommunikationsnetze optimieren</p> <p>Kernanliegen 3 – Energiewende für die Region nutzen</p>
14	<p>Handlungsfeld Fachkräfte/Bildung</p> <p>Kernanliegen 1 – Arbeitskräfte finden und binden</p> <p>Kernanliegen 2 – Hochschulstandorte weiterentwickeln</p> <p>Kernanliegen 3 – Berufliche Ausbildung stärken</p> <p>Kernanliegen 4 – Weiterbildungsbeteiligung erhöhen</p>
24	<p>Handlungsfeld Standortattraktivität</p> <p>Kernanliegen 1 – Standort Innenstadt stärken</p> <p>Kernanliegen 2 – Regionalmarketing vorantreiben und Image verbessern</p> <p>Kernanliegen 3 – Weiche Standortfaktoren ausbauen</p> <p>Kernanliegen 4 – Kommunen als attraktive Wohnstandorte positionieren</p>
32	<p>Handlungsfeld Wirtschaftsfreundlichkeit</p> <p>Kernanliegen 1 – Verwaltungshandeln effizient organisieren</p> <p>Kernanliegen 2 – Gründungs- und Unternehmensklima stärken</p> <p>Kernanliegen 3 – Interkommunale Zusammenarbeit stärken</p> <p>Kernanliegen 4 – Kommunale Haushalte nachhaltig und wirtschaftsfreundlich finanzieren</p>
40	Abbildungsverzeichnis

Die Vollversammlung unserer IHK hat im Dezember 2018 das Ziel vorgegeben, in den drei Regionalausschüssen unserer IHK jeweils Regionalpolitische Positionen für die Wahlperiode 2018 bis 2023 zu erarbeiten.

Dazu fanden in den Sitzungen der drei Regionalausschüsse moderierte Workshops statt, für den Regionalausschuss Region Osnabrück am 9. Mai 2019. Dort wurden Kernanliegen und Maßnahmen für die Handlungsfelder Infrastruktur, Fachkräfte, Standortattraktivität und Wirtschaftsfreundlichkeit formuliert und diskutiert.

Das vorliegende Positionspapier fasst die Ergebnisse des Workshops zusammen. Es wurde in einer weiteren Sitzung des IHK-Regionalausschusses Osnabrück am 1. Oktober 2019 genehmigt.

Das Positionspapier ist eine systematische Fortführung der „Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation“ auf Bundesebene (DIHK) sowie der „Forderungen der Wirtschaft an die neue Landesregierung“ (IHKN). Es schreibt die Regionalpolitischen Positionen unserer IHK aus dem Jahr 2014 fort.¹

Das Positionspapier wurde von der IHK-Vollversammlung am 3. Dezember 2019 beschlossen und ist Grundlage für deren Arbeit in der laufenden Wahlperiode (2019–2023). Ergänzt wird das Positionspapier durch ein Indikatorenset, mit dem die Umsetzung der Forderungen kontinuierlich nachverfolgt wird. Über den Stand der Umsetzung wird regelmäßig in den Regionalausschüssen sowie im Präsidium und der Vollversammlung berichtet.

¹ Die vorliegenden IHK-Positionen stellen wirtschaftsrelevante Sachverhalte in den Mittelpunkt. Damit folgt unsere IHK dem durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts definierten Rahmen, innerhalb dessen sich eine IHK im Namen ihrer Mitglieder äußern darf. Demzufolge steht – entsprechend §1 des IHK-Gesetzes – das Gesamtinteresse der von der IHK vertretenen regionalen Unternehmen im Vordergrund. Gleichzeitig muss die IHK-Äußerung stets einen spezifischen und nachvollziehbaren Bezug zur gewerblichen Wirtschaft im IHK-Bezirk haben. Diese Beschränkung auf wirtschaftsrelevante Positionen bedeutet nicht, dass an dieser Stelle nicht genannte soziale, ökologische oder sonstige Aspekte aus unternehmerischer Sicht keine Relevanz hätten. Im Gegenteil: Den Mitgliedsunternehmen unserer IHK ist bewusst, dass sie eine über rein wirtschaftsbezogene Sachverhalte hinausgehende Verantwortung tragen.

Infrastruktur

Einführung

Eine gut ausgebaute und leistungsfähige Infrastruktur für Verkehr, Energieversorgung und Kommunikationstechnik ist Voraussetzung für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort und weiteres Wachstum. In vielen Bereichen ist die Infrastruktur in der Region Osnabrück auf einem hohen Niveau.

Auch in der Region Osnabrück sollten die noch bestehenden Engpässe und Lücken in der Infrastruktur durch Aus- und Neubau möglichst schnell beseitigt werden. Zunehmend wichtiger wird auch die Instandhaltung der vorhandenen Infrastruktur.

Dementsprechend gibt es sowohl im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur als auch auf die Kommunikationsinfrastruktur Handlungsbedarf. Hinzu kommt eine zukunftsfähige Infrastruktur im Energiesektor. Ohne sie ist eine dauerhaft verlässliche Energieversorgung zu möglichst niedrigen Preisen undenkbar.

Um die regionale Infrastruktur weiter zu entwickeln, sind der regionalen Wirtschaft folgende drei Kernanliegen wichtig:

1. Verkehrsinfrastruktur ausbauen
2. Kommunikationsnetze optimieren
3. Energiewende für die Region nutzen



© Petair, stock.adobe.com



„Sowohl die überregionale als auch die innerörtliche Erreichbarkeit haben für die Region Osnabrück einen hohen Stellenwert. Dabei wird der motorisierte Individualverkehr gerade für das ländliche Einzugsgebiet weiter eine bedeutende Rolle spielen. Wichtig wird aber auch sein, einen leistungsfähigen ÖPNV und innovative Verkehrs- und Logistikkonzepte anzubieten. Die Innenstädte sollten von Durchgangsverkehr entlastet werden – auch dafür ist die Infrastruktur auszubauen.“

Heinrich Koch | Heinrich Koch Internationale Spedition GmbH & Co. KG

Kernanliegen 1 – Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Ohne solide Verkehrswege gelangt niemand sicher und schnell an sein Ziel. Liefer-, Pendler-, Freizeit-, Entsorgungsverkehre und Einkaufsfahrten müssen uneingeschränkt möglich sein. Alles in allem ist die Region Osnabrück gut angebunden (s. Abb. 1). Im Rahmen der IHK-Standortumfrage wurde vor allem die überregionale Erreichbarkeit über die Straße positiv bewertet. Zugleich zeigten die Rückmeldungen der Unternehmen aber auch, dass die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur sich dem tatsächlichen und prognostizierten Bedarf anpassen sollte. So sind der zügige Bau und Ausbau wichtiger Verbindungen, etwa der A33 Nord und der A30 im Großraum Osnabrück, dringend nötig.

Deutlich weniger zufrieden sind die Unternehmen in der Region Osnabrück mit dem Zustand der Verkehrswege sowie mit dem Öffentlichen Personennahverkehr. Zudem werden beide Faktoren insbesondere in der Stadt Osnabrück schlechter beurteilt als in der vorherigen Standortumfrage aus dem Jahr 2013.



Abbildung 1:
Bundesfernstraßen in der Region

IHK-Position 1.1: Straßeninfrastruktur optimieren

Die Stärke des Wirtschaftsstandortes Region Osnabrück hängt maßgeblich von seiner guten verkehrlichen Erreichbarkeit aus allen Richtungen ab. So erschließt die Stadt Osnabrück als Oberzentrum ein großes Einzugsgebiet. Zudem sind auch die Kommunen des Landkreises fast durchgängig gut an das überregionale Straßennetz angebunden.

Mit dem im November 2019 abgeschlossenen Lückenschluss der A33 Süd in Richtung Bielefeld hat sich die überregionale Erreichbarkeit weiter verbessert. Ihre verkehrliche Funktion für den Fernverkehr kann die A33 allerdings nur dann voll erfüllen, wenn sie als A33 Nord direkt bis an die A1 angebunden wird.

Auch für die Unternehmen in der Region erfüllt die A33 Nord eine wichtige Funktion. So verbessert sie die großräumige

Verkehrsanbindung für das Wittlager Land und entlastet das Stadtgebiet von Osnabrück sowie die anderen Kommunen vom Durchgangsverkehr. Zudem ist analog zu der Entwicklung an anderen Autobahneubauten damit zu rechnen, dass neue Gewerbegebiete entlang der A33 Nord entwickelt werden.

Um die regionale und überregionale Verkehrsqualität und den Zugang zum Fernstraßennetz zu verbessern, muss die A33 Nord rasch gebaut werden. Darüber hinaus sollten auch weitere Straßenbauprojekte umgesetzt werden, die für die überregionale Erreichbarkeit der Region Osnabrück von hoher Bedeutung sind, beispielsweise der 6-streifige Ausbau der A30 als wichtiger Bestandteil der West-Ost-Achse. Alle genannten Maßnahmen sind im sogenannten „Vordringlichen Bedarf“ des aktuellen Bundesverkehrswegeplans enthalten.

Die im sog. „Weiteren Bedarf“ des aktuellen Bundesverkehrsweegeplans geführte Ortsumgehung Bad Essen/Wehrendorf im Verlauf der B 65 ist vor Ort umstritten. Unstrittig ist allerdings, dass in der Ortslage Wehrendorf die Verkehrssituation unbefriedigend ist und hier eine Lösung für den Durchgangsverkehr gefunden werden muss. Darüber hinaus weist der Bundesverkehrsweegeplan eine Reihe weiterer Ortsumgehungen im Verlauf der Bundesstraßen im Weiteren Bedarf aus (z. B. Merzen, Schwagstorf, Fürstenau, Ankum, Bersenbrück, Venne und Ostercappeln). Obwohl für den Bau dieser Projekte aktuell noch keine Mittel disponiert sind, wäre es wünschenswert, wenn zumindest die Planungen dieser Vorhaben vorangetrieben werden, um die Ortslagen vom Durchgangsverkehr zu entlasten.

Für Ausführungen zur Thematik der verkehrlichen Anbindung von Innenstädten siehe: Handlungsfeld Standortattraktivität, IHK-Position 1.1 „Erreichbarkeit der Innenstädte und Zentren sichern“.

Zur Optimierung der Straßeninfrastruktur sind folgende Maßnahmen wichtig:

- A 33 Nord fertigstellen
- A 30 im Bereich Osnabrück sechsstreifig ausbauen
- Weitere Projekte des Bundesverkehrsweegeplans umsetzen, beispielsweise Ortsumgehungen im Verlauf der Bundesstraßen in Bad Essen/Wehrendorf, Merzen, Fürstenau und anderen Kommunen
- Erforderliche Baumaßnahmen an Straßen und Brücken mit besonderem Fokus auf eine möglichst kurze Bauzeit realisieren
- Telematikanlagen an den Autobahnen im Großraum Osnabrück installieren
- LKW-Stellplätze an Autobahnen und Bundesstraßen ausbauen

IHK-Position 1.2: FMO zukunftssicher aufstellen

Auch wenn in den vergangenen Jahren einige ungünstige unternehmerische Entwicklungen, etwa die Insolvenz der Fluggesellschaften Air Berlin und Germania, die wirtschaftliche Situation des FMO beeinträchtigt haben, bleibt der Flughafen aus Sicht der Wirtschaft ein unverzichtbarer Standortfaktor, der dauerhaft gesichert und zukunftsfähig aufgestellt werden sollte.

Der FMO stellt die Verbindung der Region zu den Wirtschaftsmetropolen weltweit her. Er bietet im Vergleich zu anderen internationalen Verkehrsflughäfen viele Vorteile: etwa die gute Erreichbarkeit aus der Region, kurze Wege und schnelle Abfertigung.

Bei der Weiterentwicklung des FMO ist aus Sicht der Wirtschaft ein besonderes Augenmerk auf die Förderung des Geschäftsreiseverkehrs zu legen. Um die Potenziale in den Niederlanden besser zu erschließen, sollte daher u. a. die Anbindung aus dieser Richtung verbessert werden. Die Region bleibt aufgerufen, auch in Zukunft gemeinsam die Entwicklung des FMO positiv zu begleiten.

Zur zukunftssicheren Aufstellung des FMO sind folgende Maßnahmen wichtig²:

- Erreichbarkeit des FMO verbessern, u. a. aus den Niederlanden sowie über eine verbesserte ÖPNV-Anbindung insgesamt
- Flugangebote zu für die Wirtschaft interessanten Destinationen erweitern (z. B. Osteuropa)
- Anbindung an möglichst mehrere internationale Drehkreuze sichern
- Regionale Identifikation mit dem FMO stärken

IHK-Position 1.3: Schieneninfrastruktur/-verkehr optimieren

Auch in der Region Osnabrück bleibt die Straße auf absehbare Zeit Hauptverkehrsträger. Daneben kommt aber auch dem Schienenverkehr eine wachsende Bedeutung zu. Damit die Verkehrswende hin zu weniger Straßenverkehr gelingen kann, braucht der Schienengüterverkehr leistungsfähige Schienenverbindungen und Optimierungen der Umschlagmöglichkeiten in den Binnenhäfen.

Der Schienenpersonenfernverkehr ist auf zusätzliche Investitionen angewiesen, um attraktiver zu werden. Hier ist auf der West-Ost-Achse für Ende 2023 mit der geplanten Inbetriebnahme des ECx neues Zugmaterial avisiert. Die neuen Züge verkürzen die Fahrzeit zwischen Amsterdam und Berlin um etwa 30 Minuten und lassen eine qualitative Verbesserung erwarten. Zu einer weiteren Reisezeitverkürzung und der Optimierung der Umsteigebeziehungen in Bad Bentheim, Rheine, Osnabrück und Hannover sollte die Schienenstrecke zwischen Bad Bentheim und Löhne auf eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von zunächst 160 km/h ertüchtigt werden.

Parallel arbeitet die Deutsche Bahn an einem neuen Taktfahrplan nach den Vorbildern in den Niederlanden und der Schweiz. Dieser sogenannte Deutschlandtakt soll bis zum Jahr 2030 stufenweise umgesetzt werden und die Umsteigezeiten deutlich verkürzen. Bislang ist dabei für die West-Ost-Achse allerdings eine Beibehaltung des Zwei-Stunden-Taktes vorgesehen. Diese lange Taktzeit ist sowohl für Geschäfts- als auch Privatreisende wenig attraktiv und sollte zu einem Stundentakt verdichtet werden. Zunächst könnte hier das Zugangebot auch in den Randzeiten ausgeweitet werden – dies würde erheblich dazu beitragen, die Attraktivität der Schienenverbindung Osnabrück–Hannover–Berlin zu steigern.

Auf der Nord-Süd-Verbindung muss es zukünftig neben der bereits angekündigten Verdichtung auf einen 30 Minuten-Takt um eine Aufwertung des Zugmaterials (durchgängig ICE-Standard) sowie den Ausbau der Teilstrecke Münster – Dortmund (von eingleisig auf zweigleisig) gehen.

² Eine im Regionalausschuss Region Osnabrück geäußerte Mindermeinung spricht sich dafür aus, das kommunale Engagement im Kontext des FMO zurückzufahren und eine Privatisierung des FMO anzustreben (zu prüfen).

Zur Optimierung der Schieneninfrastruktur und des Schienenverkehrs sind folgende Maßnahmen wichtig:

- West-Ost-Achse durch Einführung eines Stundentaktes stärken
- Schieneninfrastruktur zwischen Bad Bentheim und Löhne für eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von zunächst 160 km/h ertüchtigen
- Abschnitt Dortmund – Münster zweigleisig ausbauen
- Zugmaterial (Nord-Süd, West-Ost) modernisieren
- Nah- und Fernverkehr an ausgewählte Bahnhöfen besser verknüpfen
- Komfort und Zuverlässigkeit bei Umstiegen steigern
- Barrierefreiheit in den Bahnhöfen sicherstellen
- Flächendeckende Verfügbarkeit von mobilem Internet und Mobilfunk in den Zügen sicherstellen
- OS-Bahn-Konzept umsetzen

IHK-Position 1.4: Infrastruktur für nachhaltige Logistikkonzepte optimieren

Ebenso wie der Schienengüterverkehr bietet der Wasserstraßentransport Vorteile hinsichtlich der Emissionsbelastung je zurückgelegten Tonnenkilometer. Die Wasserstraße ist aktuell der einzige Verkehrsträger mit größeren Kapazitätsreserven. Insofern ist die Wasserstraße auch für die Region Osnabrück ein wichtiger Verkehrsträger.

Dementsprechend sollte die Hafententwicklung in der Region weiter vorangetrieben werden. Aktuell befinden sich zwei Terminals für den Kombinierten Verkehr in Planung: ein Schiene-Straße-Terminal im Hafen der Stadt Osnabrück und ein Straße-Wasserstraße-Umschlagpunkt am Mittellandkanal in Bohmte. Diese beiden Projekte sollten zügig umgesetzt werden, so dass die sich ergebenden Chancen für die Unternehmen genutzt werden können.

Die beiden Standorte sollten sich auf der Grundlage der gemeinsamen Beschlüsse von Landkreis und Stadt Osnabrück sinnvoll ergänzen.

Zur Optimierung der Infrastruktur mit dem Ziel nachhaltiger Logistikkonzepte sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Umsetzung des zwischen der Stadt und dem Landkreis Osnabrück abgestimmten Hafenkonzeptes
- Hafenstandorte als multimodale Umschlagsknoten weiterentwickeln
- Hafen am Mittellandkanal ausbauen
- Wasserseitige Erreichbarkeit des Stadthafens dauerhaft sicherstellen
- Terminal für den Kombinierten Verkehr im Stadthafen Osnabrück realisieren
- Hafeninfrastruktur nachhaltig weiterentwickeln

IHK-Position 1.5: Zustand der Verkehrswege verbessern

In der Vergangenheit haben Bund, Land und Kommunen nicht immer im nötigen Ausmaß in die Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur investiert. Hinzu kommen Fachkräfteengpässe in den Baubehörden und bei den ausführenden Firmen. Diese haben die Umsetzung entsprechender Maßnahmen zusätzlich verzögert. Die Folge sind Infrastrukturmängel, die zunehmend den Verkehr beeinträchtigen.

Um eine Belastung der Unternehmen in der Region Osnabrück aufgrund von Umwegfahrten und Geschwindigkeitsreduzierungen zu vermeiden, sollte der Zustand von Straßen und Brücken rasch verbessert werden. Auch der Zustand der Schieneninfrastruktur sollte kontinuierlich mit dem Ziel verbessert werden, ein qualitativ hochwertiges Streckennetz und einen sicheren und zuverlässigen Betrieb zu gewährleisten.

Voraussetzungen dafür sind eine transparente Darstellung des aktuellen Zustandes sowie der erforderlichen Baumaßnahmen und geplanter Umleitungsstrecken. Sowohl für die Sanierung als auch für den Ausbau müssen auskömmliche Haushaltsansätze verfügbar sein. Die umzusetzenden Baumaßnahmen sind nachvollziehbar zu priorisieren.

Zur Verbesserung des Zustands der Verkehrswege sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Unterhaltung des Straßennetzes als Priorität in den Haushalten der Städte und Gemeinden sowie des Kreises festsetzen
- Aktuellen Zustand der Verkehrswege transparent darstellen und erforderliche Baumaßnahmen aufzeigen
- Ausreichende Haushaltsansätze für die Sanierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen
- Im Falle von Landes-/Bundesstraßen: Bei den zuständigen Behörden und übergeordneten Stellen für eine rasche Verbesserung des Straßenzustandes einsetzen
- Im Falle von Schieneninfrastruktur: Bei den zuständigen Behörden und übergeordneten Stellen für eine nachhaltige und kontinuierliche Instandhaltung einsetzen
- Durch ausreichend Personalressourcen ausreichende Planungskapazitäten schaffen (Land)
- Baustellenmanagement verbessern, insbesondere durch nachvollziehbare Priorisierung der Baumaßnahmen, frühzeitige und nachvollziehbare Kommunikation der Sanierungsarbeiten (gegenüber den Betroffenen) sowie Sicherstellung der Erreichbarkeit von Gewerbebetrieben
- Bei Sanierungen von Straßen und Leitungen auf innovative Techniken wie grabenlose Rohrsanierung setzen, um Behinderungen gering zu halten
- Verkehrspolitische Abstimmung zwischen Stadt und Landkreis Osnabrück bzw. Stadt und Umlandgemeinden verbessern

Kernanliegen 2 – Kommunikationsnetze optimieren

Eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur und ein stabiles, schnelles Mobilfunknetz sind zentrale Voraussetzungen für die digitale Wirtschaft.

Von einer flächendeckenden Versorgung ist die Region Osnabrück noch weit entfernt (siehe Abbildung 2). In einer aktuellen IHK-Befragung sind in der Region Osnabrück 47 % der Unternehmen mit Blick auf die Breitbandinfrastruktur weniger zufrieden bzw. unzufrieden. Hinsichtlich der Versorgung mit Mobilfunk sind sogar 51 % der Unternehmen weniger zufrieden oder unzufrieden. Zugleich erachten nahezu alle Unternehmen diese Standortfaktoren als (sehr) wichtig für ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

Zusätzlich zu den Bemühungen des Bundes und des Landes haben auch Stadt und Landkreis bereits zahlreiche Ausbauprojekte auf den Weg gebracht. Es sind jedoch auch auf regionaler Ebene weitere Anstrengungen erforderlich, damit der Übergang in die Gigabit-Gesellschaft gelingt und die regionale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt.

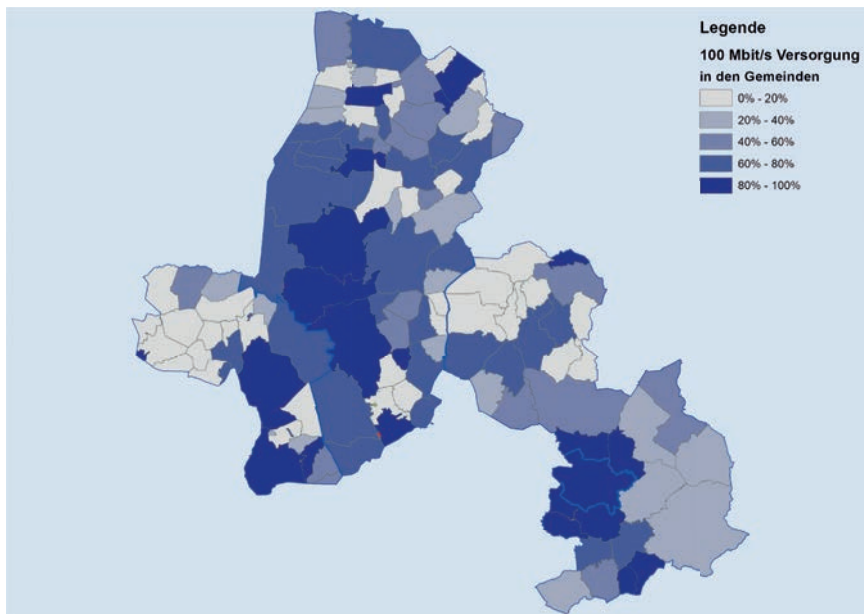


Abbildung 2:
Breitbandverfügbarkeit: Versorgung mit 100 Mbit/s in der Region

IHK-Position 2.1: Breitbandinfrastruktur verbessern – vor allem in Gewerbegebieten

In den vergangenen Jahren ist in der Region Osnabrück viel in den Breitbandausbau investiert worden, so dass zahlreiche Gewerbegebiete und Haushalte an die Breitband-Datennetze angeschlossen werden konnten.

Damit wird für viele Unternehmen bereits eine Basisinfrastruktur bereitgestellt. Allerdings reichen Versorgung und durchschnittliche Geschwindigkeiten nicht aus, um die zukünftig im Zuge der Digitalisierung stark wachsenden Anforderungen der Nutzer zu befriedigen. Schon heute zeigt sich, dass auch eine flächendeckende Versorgung von mindestens 50 Mbit/s für eine langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht ausreichen wird.

Deshalb ist es notwendig, den Ausbau weiter zügig voranzubringen und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Dabei haben leistungsfähige, skalierbare Gigabitnetze oberste Priorität. Die Glasfasererschließung muss vorrangig in Gewerbegebieten sowie an Unternehmens- und Gewerbestandorten erfolgen. Die Förderung durch die öffentliche Hand sollte sich dabei auf den Glasfaserausbau einschließlich der Ertüchtigung bestehender FTTC-Netze zu FTTB-Netzen fokussieren. Dort, wo sich kabelgebundene Lösungen nicht realisieren lassen, sollten funkbasierte Zugangstechniken kurzfristig einen Beitrag zur Erhöhung der Breitbandversorgung leisten.

Zur Verbesserung der Breitbandinfrastruktur sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Bestehende Versorgungslücken im Festnetz zügig schließen
- Flächendeckenden Glasfaserausbau in Gewerbegebieten bis zum Jahr 2021 umsetzen
- Staatliche Förderprogramme auf den Glasfaserausbau fokussieren
- Förderverfahren vereinfachen
- Bei der Umsetzung des Masterplans Digitalisierung Niedersachsen auf die regionale Partizipation achten
- Ausreichende Breitbandversorgung an den Berufsbildenden Schulen sicherstellen
- Funkbasierte Zugangstechniken einrichten, sofern sich kabelgebundene Lösungen nicht realisieren lassen

IHK-Position 2.2: Mobilfunk-Infrastruktur ausbauen

Beim Mobilfunk existieren insbesondere im Landkreis Osnabrück noch immer Netzlücken. Diese beschneiden die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und gefährden die Standortattraktivität.

Die Region sollte gegenüber den Netzbetreibern darauf drängen, die Versorgungslücken zügig zu schließen und zugleich die Verfügbarkeit und Stabilität der vorhandenen Netze zu verbessern. Ziel muss eine flächendeckende Versorgung der Region mit LTE-Mobilfunk bis zum Jahr 2021 sein. Neben der Verbesserung der Netzabdeckung mit 4G/LTE rückt zunehmend die Einführung des zukünftigen Mobilfunkstandards 5G auf die Agenda. Der 5G-Ausbau bietet insbesondere im flächenmäßig großen Landkreis Osnabrück viele Einsatzmöglichkeiten, etwa beim autonomen Fahren, bei Industrie 4.0 und beim Smart Farming oder im Bereich der Tele-Medizin. Diese Chancen muss die Region nutzen dürfen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Anbindung potentieller 5G-Mobilfunk-Sendemasten sind leistungsfähige Glasfasernetze. Erforderlich ist insofern eine vorausschauende, aufeinander abgestimmte Planung des Ausbaus im Fest- und Mobilfunknetz. Vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren für Antennenstandorte sollten die Errichtung der zukunftsfähigen Mobilfunknetze ebenso voranbringen wie die Identifikation und aktive Unterstützung von Gebieten, die auch künftig nicht marktwirtschaftlich ausgebaut werden können.

Zum Ausbau der Mobilfunk-Infrastruktur sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Flächendeckende Versorgung mit LTE-Mobilfunk bis zum Jahr 2021 sicherstellen
- Gebiete, die auch künftig nicht marktwirtschaftlich ausgebaut werden können, identifizieren und unterstützen
- Verfügbarkeit und Stabilität der vorhandenen Netze verbessern
- Voraussetzungen für 5G-Netzausbau schaffen, u. a. entlang der Autobahnen und in Industrie- und Gewerbegebieten
- Genehmigungsverfahren für Antennenstandorte vereinfachen und beschleunigen
- Öffentliche WLAN-Netze ausbauen



Kernanliegen 3 – Energiewende für die Region nutzen

Eine moderne Infrastrukturausstattung besteht nicht nur aus gut ausgebauten Verkehrswege- und Kommunikationsnetzen. Auch eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist seit jeher Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Hier stellt die Energiewende zurzeit eine besondere Herausforderung dar. Absehbar wird die Stromerzeugung in Deutschland zukünftig sehr viel dezentraler erfolgen (siehe Abbildung 3). Ebenso muss viel Strom aus der norddeutschen Küstenwind-erzeugung in den verbrauchsstarken Süden transportiert werden. Von der Durch-leitung wird mitunter auch unsere Region betroffen sein.

Während für Anlagenbauer, Zulieferer und Betreiber aus dem Bereich der erneuerbaren Energien zukünftige Marktentwicklungen von besonderer Bedeutung sind, stehen aus Sicht der energieintensiven Betriebe die Themen Energiekosten und Versorgungssicherheit an erster Stelle. Eine gelungene Energiewende muss allen berechtigten Ansprüchen gleichzeitig genügen.

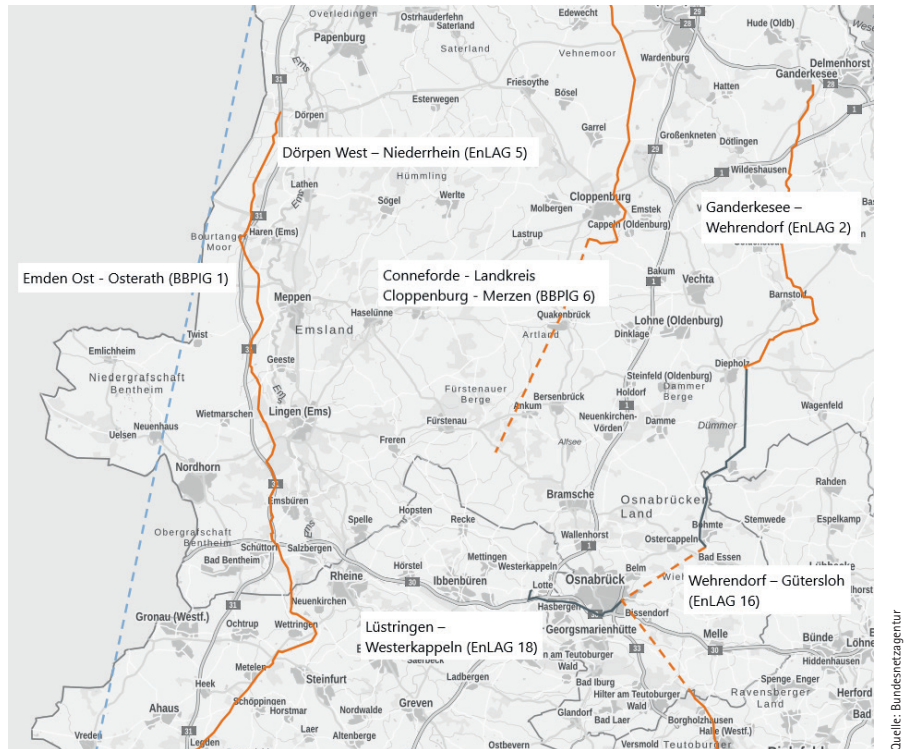


Abbildung 3: Vorhaben aus dem Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) und dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)

IHK-Position 3.1: Chancen der Energiewende konsequent nutzen

Die Energiewende geht einher mit erheblichen technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen für Anbieter und Verbraucher, insbesondere aber für die gewerbliche Wirtschaft. Sie birgt allerdings auch Chancen, beispielsweise durch weltweit größer werdende Absatzmärkte für energieeffiziente und klimaschonende Produkte. So ergeben sich für die Unternehmen beispielsweise im Bereich des Maschinen- und Anlagenbaus oder bei den Dienstleistungen zahlreiche neue Geschäftsmöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund können die Unternehmen der Region Osnabrück die Energiewende durch ihre Innovationen weiter begleiten. Insbesondere sollten in der Region Speichertechnologien sowie

die Wasserstoffgewinnung, -speicherung und -nutzung weiter erprobt werden. Hierfür bieten sich auch überregionale Kooperationen an, beispielsweise mit dem Energiestandort Lingen/Salbergen oder mit der geplanten Forschungsfabrik in Münster.

Zur konsequenten Nutzung der Chancen der Energiewende sind folgende Maßnahmen wichtig³:

- Experimentierräume/-flächen für Energie-Innovationen schaffen
- Kompetenz bei Speichertechnologien und bei der Wasserstoffgewinnung, -speicherung und -nutzung in der Region weiterentwickeln

- Energiewende als Keimzelle für neue Start-up-Szene entwickeln
- Um- und Ausbau der Energienetze beschleunigen
- Quartierspeicher initiieren
- Speicherfunktion von Biogas stärker in den Vordergrund rücken
- Eigenerzeugung von Strom aus Wind- und Photovoltaikanlagen in Industrie und Gewerbe unterstützen
- Unternehmen über Fördermöglichkeiten informieren

Rechtliche Rahmenbedingungen zur Förderung der Wasserstoffwirtschaft anpassen, zum Beispiel durch die Anerkennung der CO₂-Reduzierung bei der Verwendung von Wasserstoff im Raffinerieprozess

³ Eine im Regionalausschuss Region Osnabrück geäußerte Mindermeinung spricht sich dafür aus, dass der Aufbau von weiteren erneuerbaren Kraftwerkskapazitäten in der Region Osnabrück befördert werden sollte. Zudem solle der Mindermeinung zufolge die Direktvermarktung des regional erzeugten Stroms in der Region Osnabrück befördert werden.

IHK-Position 3.2: Für niedrigere Energiekosten sorgen

Die Energiewende führt zu Planungsunsicherheit bei den Unternehmen. Viele Unternehmen, vor allem aus der Industrie, sehen hohe Stromkosten als Risiko für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Tatsächlich liegen die Strompreise für deutsche Mittelständler bereits heute international an der Spitze. Ein Ende des Strompreisanstiegs ist derzeit auch nicht in Sicht: Bis 2025 ist ein weiteres Anwachsen der jährlichen Belastung der Wirtschaft um 5 Mrd. Euro durch steigende Netzentgelte und Umlagen absehbar.

Es besteht insofern echter Handlungsbedarf. Damit die Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können, müssen die offenkundigen Fehlsteuerungen der Energiewende rasch beendet werden. So hat es im ersten Quartal 2019 einen Rekord bei den Abregelungen von Windkraftanlagen gegeben. Hier sind Mechanismen gefragt, durch die dieser Strom vor Ort möglichst ohne staatliche Sonderlasten für die Wertschöpfung genutzt werden kann, so dass der Weg hin zu erneuerbaren Energien auch für die hier ansässige Industrie wirtschaftliche Vorteile verspricht.

Um die Energiekosten zu reduzieren, sind folgende Maßnahmen wichtig⁴:

- Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz fördern
- Abregelung von Erneuerbaren Energien u. a. durch verstärktes Leitungsmonitoring vermeiden
- Ausgleichsregelungen für energieintensive Betriebe langfristig sichern

IHK-Position 3.3: Netzausbau vorantreiben

Der Ausbau der Stromnetze hält zzt. nicht Schritt mit dem Ausbautempo der erneuerbaren Energien. Die erforderlichen Nord-Süd-Verbindungen werden insofern auch nicht bis zum Abschalten der letzten Kernkraftwerke Ende 2022 betriebsbereit sein. Die technische Stabilisierung der Netze wird daher immer anspruchsvoller und teurer. Einen Großteil dieser Kosten trägt die Wirtschaft über ständig steigende Netzentgelte.

Zugleich nimmt die Akzeptanz neuer Hoch- und Höchstspannungstrassen bei den Anliegern ab. Viele Anlieger erheben den Anspruch, dass diese Trassen zumindest in Siedlungsnähe als Erdverkabelung ausgeführt werden. Hierfür sind die Kosten allerdings um ein Mehrfaches höher und die Lebensdauer ist kürzer als bei einer Freileitung. Eine durchgängige Erdverkabelung ist deshalb in der Regel weder gesetzlich vorgesehen noch großtechnisch realisierbar. Insofern wird der erforderliche Netzausbau auch in unserer Region vor allem in Form von Freileitungen erfolgen.

Hierbei sollten Netzbetreiber einen engen Dialog mit den Anliegern pflegen. Sie sollten hierbei nicht allein auf den Bestandsschutz bestehender Raumordnungspläne und Genehmigungen setzen, sondern in der Kommunikation mit den Anliegern die veränderten technischen Bedingungen (höhere Anlagen, höhere Spannung etc.) berücksichtigen. Die Mehrkosten einer Verschiebung von Trassen oder einer partiellen Erdverkabelung sollten von den Netzbetreibern nachvollziehbar dargestellt werden.

Zur Verbesserung des Netzausbaus sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Bau kostengünstiger und technisch zuverlässiger Netze beschleunigen
- Dialog zwischen Netzbetreiber und Anliegern befördern
- Mehrkosten einer Verschiebung von Trassen oder einer partiellen Erdverkabelung nachvollziehbar darstellen und kommunizieren

Bessere Nutzungsentgeltregelungen für Grundstückseigentümer bei der Gewährung von Leitungsrechten prüfen

⁴ Eine im Regionalaussschuss Region Osnabrück geäußerte Mindermeinung spricht sich dafür aus, den Strombedarf in Industrie und Gewerbe stärker nach dem Wind- und Solardargebot auszurichten. Zudem solle eine Regionalisierung der Verteilernetze ermöglicht bzw. vorangetrieben werden.

Fachkräfte/Bildung

Einführung

Größtes Wachstumsrisiko für die Wirtschaft in der Region Osnabrück ist derzeit die unzureichende Fachkräfteversorgung, insbesondere mit beruflich qualifizierten Fachkräften. Hinzu kommt der demografische Wandel – auch in der Region Osnabrück.

Zentrale Voraussetzung dafür, dass den Unternehmen weiterhin betrieblich qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen, ist die Attraktivität der international anerkannten dualen Berufsausbildung.

Gute Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote, aber auch betriebliche Gesundheitsförderung, Weiterbildung sowie familienfreundliche Arbeitszeitregelungen können helfen, den Fachkräftebedarf zu sichern.

Um einem regionalen Fachkräftemangel entgegenzuwirken und weitere Impulse im Bereich der Bildung zu setzen, hat die regionale Wirtschaft folgende vier Kernanliegen:

1. Arbeitskräfte finden und binden
2. Hochschulstandorte weiterentwickeln
3. Berufliche Ausbildung stärken
4. Weiterbildungsbeteiligung erhöhen



© Minerva Studio, stock.adobe.com



„Stadt und Landkreis haben den Fachkräften viel zu bieten: Ein lebendiges Oberzentrum, vielfältige Freizeitmöglichkeiten und attraktive Arbeitgeber quer durch alle Branchen. Wichtig ist, dass wir diese Stärken bestmöglich nach außen vermarkten. Hierbei spielen auch die Universität und die Hochschule eine wichtige Rolle. Sie sollten gestärkt werden und weiter den Austausch mit der Wirtschaft suchen.“

Jutta Beeke | Bauunternehmen Echterhoff GmbH & Co. KG

Kernanliegen 1 – Arbeitskräfte finden und binden

Fachkräfte sind gesucht wie nie. Laut IHK-Konjunkturumfrage ist ihr Fehlen das Geschäftsrisiko Nummer 1 für die Unternehmen. Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Gewinnung von Fachkräften, aber auch von einfachen Arbeitskräften, in der Region Osnabrück zu einer immer größeren Herausforderung.

Vor diesem Hintergrund sollten Kommunen, Schulen und Hochschulen gemeinsam mit der Wirtschaft Initiativen entwickeln, um der demografischen Herausforderung erfolgreich zu begegnen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Stille Reserven sollten stärker als bisher genutzt werden, indem etwa Studienabbrecher, Frauen, Ältere, Langzeitarbeitslose und Ausländer für den Arbeitsmarkt gewonnen werden.

Darüber hinaus müssen zur Sicherung der regionalen Fachkräftebasis auch Potenziale „von außen“ – sowohl aus dem In- wie aus dem Ausland – erschlossen werden. Bei der Gewinnung von Rückkehrern und Zuzugswilligen müssen verschiedene Stellen wie Bürgerbüros, Ausländerbehörden oder die Wirtschaftsförderungen Hand in Hand arbeiten.

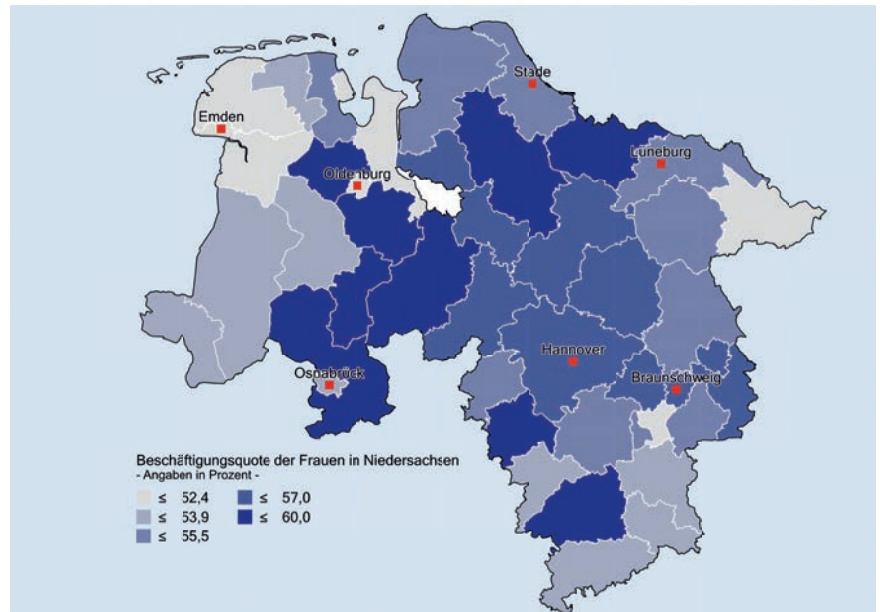


Abbildung 4:
Beschäftigungsquoten von Frauen in Niedersachsen

IHK-Position 1.1: Rückkehrer und Andere für die Region sowie den Arbeitsmarkt (wieder-)gewinnen

In den vergangenen Jahren wurde der Beschäftigungsanstieg insbesondere mit steigenden Beschäftigungsquoten von Frauen und Älteren sowie durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit ermöglicht. Diese Entwicklung wird sich allerdings nicht unbegrenzt fortsetzen, da viele Potenziale schon zu einem großen Teil ausgeschöpft sind. Insofern ist die Wirtschaft in der Region Osnabrück darauf angewiesen, dass künftig sowohl Rückkehrer und Zuwanderer von außen stärker in den Blick genommen werden als auch die Potenziale der bereits hier Ansässigen besser genutzt werden.

Dies gilt insbesondere für die Langzeitarbeitslosen, deren Zahl über die Zeit zwar zurückgegangen ist, allerdings nicht so stark wie der Beschäftigungsboom dies vermuten ließe. Dementsprechend sollte die gute Arbeit vom Jobcenter Osnabrück und der MaßArbeit fortgesetzt und weiter daran gearbeitet werden, für Langzeitarbeitslose Perspektiven im ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Bei den Wanderungsbewegungen kann Osnabrück als Universitätsstadt insbesondere in der Altersklasse der 18- bis 25-Jährigen einen positiven Saldo verbuchen. Allerdings gelingt es nicht in ausreichendem Maße, diese Personen langfristig an die Stadt zu binden. Dies zeigen negative Wanderungssalden in den Altersklassen der 25- bis 50-Jährigen. Im Landkreis Osnabrück ist der Wanderungssaldo bei den 25- bis 50-Jährigen zwar positiv, zugleich ziehen im Alter von 18 bis 25 aber deutlich mehr Personen weg als zu.

Die Region sollte gemeinschaftlich daran arbeiten, sowohl für Berufsanfänger als auch für erfahrene Fachkräfte attraktiv zu sein. Ziel muss es sein, potenzielle Zielgruppen noch stärker für die Region zu begeistern. Die Kommunen sollten daher ebenfalls regional abgestimmt die Attraktivität des Standortes weiterentwickeln –

etwa im Hinblick auf Wohnungsangebote, Bildungseinrichtungen, soziale Einrichtungen oder Freizeitangebote (s. Handlungsfeld „Standortattraktivität“).

Zur Gewinnung von Rückkehrern und Anderen sowie für die Integration von Langzeitarbeitslosen sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Kooperationen zwischen den Kommunen ausbauen und überregionales Standortmarketing forcieren
- Regionalmarketing internationalisieren
- Städtepartnerschaften zur Anwerbung von Fachkräften nutzen
- Unternehmen einerseits sowie Rückkehrer und Zugezogene andererseits als „Botschafter“ für die Region einsetzen
- Fokus auch auf nicht-akademische Fachkräfte richten
- Erfolgreiche Programme zu Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt fortführen und mit einer entsprechenden Finanzierung unterlegen
- Öffentliche Beschäftigungsprogramme nur übergangsweise nutzen, keine Konkurrenz zu bestehenden Angeboten von privaten Unternehmen schaffen

IHK-Position 1.2: Zuwanderer und Flüchtlingen besser in den Arbeitsmarkt integrieren

Zur Fachkräftesicherung ist neben der höheren Beschäftigung inländischer Personen auch die Zuwanderung aus dem Ausland sowie die Integration hier lebender Ausländer in den Arbeitsmarkt wichtig.

Die Wirtschaft in der Region Osnabrück hat schon bisher von der Fachkräfte-Zuwanderung von Ausländern profitiert. Zukünftig könnte die Bedeutung von Ausländern für das Beschäftigungswachstum zunehmen.

Auf kommunaler Ebene sind ein Ausbau der Willkommens- und Begleitstrukturen wichtig. Städte und Gemeinden sollten die zahlreichen gesellschaftlichen Initiativen zur besseren Integration von ausländischen Fachkräften unterstützen und bekannt machen. Ineffizienzen im administrativen Prozess der Zuwanderung sollten abgebaut werden. Dies gilt auch und gerade für die Integration von Flüchtlingen, die nur in enger Zusammenarbeit von Kommunen und Wirtschaft gelingen kann. In diesem Prozess unterstützt unsere IHK die Unternehmen, die Ausbildungsplätze oder Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten.

Zur Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Kommunale Willkommens- und Begleitstrukturen ausbauen
- Impulse zur Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen geben
- Förderung der Integrationsmoderation fortsetzen (Land)
- „Kennenlernangebote“ zwischen Flüchtlingen und der regionalen Wirtschaft ausbauen
- Regelungen des Zuwanderungsgesetzes bekannter machen
- Möglichkeiten der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen bekannter machen
- Verkehrsangebote in ländlichen Gebieten verbessern, um Flüchtlinge und Unternehmen besser zusammenzubringen

IHK-Position 1.3: Frauenerwerbsquote steigern

Vorhandene Beschäftigungspotenziale müssen so gut wie möglich genutzt werden. Dazu zählt insbesondere auch eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen bzw. Eltern, die beide einer vollzeittagen Beschäftigung nachgehen möchten.

Die Unternehmen in der Region Osnabrück haben davon profitiert, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen sich in den letzten Jahren positiv entwickelt und zum Beschäftigungsaufbau beigetragen hat. So stieg die Beschäftigungsquote zwischen 2010 und 2018 von 42% auf 53% (Stadt Osnabrück) bzw. von 46% auf 58% (Landkreis Osnabrück). Damit liegt sie in der Stadt Osnabrück allerdings weiterhin unterhalb des bundesweiten Durchschnitts (57%). Zudem arbeiten viele Frauen weiterhin in Teilzeit mit geringen Stundenkontingenten.

Daher sollten die Beschäftigungspotenziale von Frauen noch stärker genutzt werden, sowohl durch die Integration von bisher nicht beschäftigten Frauen in den Arbeitsmarkt als auch durch die Ausweitung von Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten. Die Unternehmen leisten hier bereits viel, brauchen aber die notwendigen Rahmenbedingungen. Dazu gehören u. a. eine flexible Kinderbetreuung, Ganztagschulen sowie Pflegeangebote (s. Handlungsfeld Standortattraktivität, IHK-Position 3.1.).

Zur Steigerung der Frauenerwerbsquote sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Anreize schaffen zur Ausweitung von Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten
- Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur fortsetzen (s. Handlungsfeld Standortattraktivität, IHK-Position 3.1.)
- Ganztagschulen sowie Pflegeangebote ausbauen

IHK-Position 1.4:

Ältere Beschäftigte länger im Berufsleben halten

Auch ältere Arbeitnehmer werden für die Fachkräftesicherung immer wichtiger. So stieg die Beschäftigungsquote Älterer zwischen 2010 und 2018 in der Stadt Osnabrück von 36% auf rund 54% bzw. von 41% auf 58% im Landkreis Osnabrück. Sie liegt somit jeweils oberhalb des landes- und bundesweiten Durchschnitts.

Dieser Trend sollte weiter gestärkt werden mit dem Ziel, dass die Beschäftigten länger beschäftigungsfähig sind. Eine demografieorientierte Personalpolitik in den Betrieben kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention, Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen, Karriereperspektiven, altersgemischte Teams sowie flexibles Arbeiten sind dabei wichtige Elemente.

Zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung Älterer sind folgende Maßnahmen wichtig:

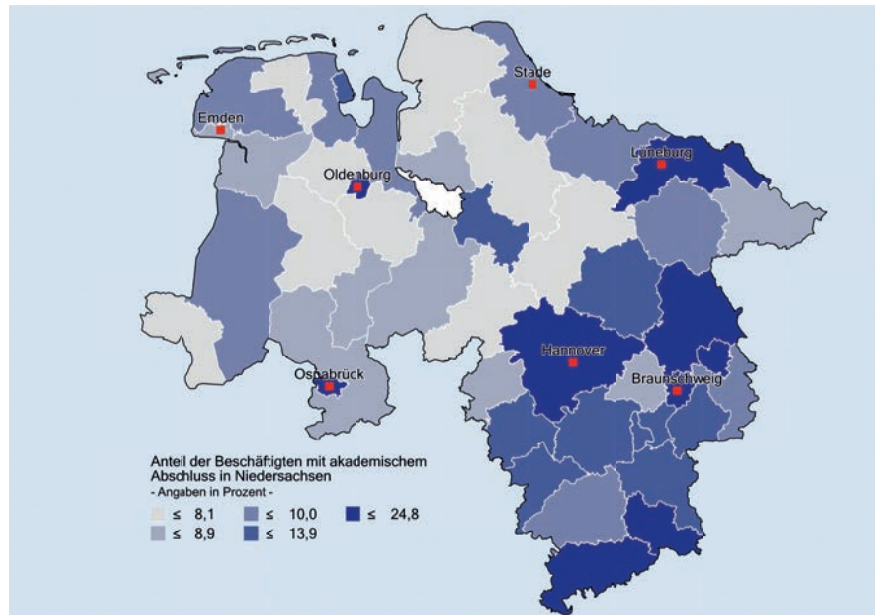
- Einsatz eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements zum Erhalt der psychischen sowie physischen Arbeitsfähigkeit fördern
- Flexibles Arbeiten anbieten (beispielsweise durch Teilrente)
- Anreize zur Beschäftigung von Rentenbeziehern steigern; rechtliche Rahmenbedingungen besser kommunizieren (z. B. Fördermöglichkeiten)
- Ältere stärker an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligen



Kernanliegen 2 – Hochschulstandorte weiterentwickeln

Die Hochschulen haben für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft in der Region Osnabrück eine zentrale Bedeutung. Dies spiegelt sich bereits in den stetig steigenden Studierendenzahlen wider. Dies belegt andererseits aber auch das wachsende Kooperationsinteresse von Seiten der Unternehmen.

Die Wirtschaft in der Region Osnabrück profitiert von den Hochschulen – etwa vom wissenschaftlichen Transfer, von Absolventen und Ausgründungen. Zudem sorgt der Hochschulstandort dafür, dass weniger junge Menschen aus der Region abwandern und mehr neue hinzukommen. Allerdings ist der Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss in der Region nach wie vor vergleichsweise gering (siehe Abbildung 5). Während er im Landkreis Osnabrück sogar stark unterdurchschnittlich ist, liegt er selbst in der Stadt Osnabrück, einem Standort mit immerhin zwei Hochschulen, nur leicht oberhalb des Bundesdurchschnitts.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (März 2019); eigene Darstellung

Abbildung 5:
Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss in Niedersachsen

18

Damit die Unternehmen in der Region Osnabrück ihren Bedarf an Mitarbeitern mit akademischer Qualifikation decken können, sollten die Universität und die Hochschule Osnabrück ihr quantitativ und qualitativ hochwertiges Studienangebot ausbauen. In den Studienprogrammen sollte noch stärker auf die Beschäftigungsfähigkeit und die Durchlässigkeit zum beruflichen Bildungsbereich geachtet werden. Die Studienabbrucherquote sollte gesenkt und das Duale Studienangebot ausgebaut werden.

IHK-Position 2.1: Duales Studienangebot ausbauen

Das duale Studium verbindet die Vorteile des beruflichen Bildungssystems mit denen des akademischen Systems. Die Hochschule Osnabrück bietet zurzeit – vor allem am Standort Lingen, aber auch in Osnabrück – bereits verschiedene duale Studiengänge an.

Absolventen dieser Studiengänge werden auch von den Unternehmen der Region Osnabrück stark nachgefragt. Ein duales Studienangebot leistet insofern einen Beitrag, junge Nachwuchs-Fach- und Führungskräfte an die Region zu binden.

Die dualen Studienangebote sollten dem Bedarf der Wirtschaft in der Region Osnabrück folgend weiterentwickelt werden. Hierzu gehört auch die Verständigung auf Qualitätskriterien für die Praxisphasen. Im Rahmen des schon jetzt guten Miteinanders bietet die regionale Wirtschaft an, sich bei der Konzeptionierung und Akkreditierung der Studiengänge einzubringen. Ziel sollte sein, die Verbindung von Theorie und Praxis systematisch zu stärken.

Zum Ausbau des Angebots an dualen Studiengängen sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Neue duale Angebote am Standort Osnabrück schaffen
- Duale Studienangebote am Bedarf der Wirtschaft ausrichten, auf Qualitätskriterien für die Praxisphasen verständigen und Praxisanteil erweitern
- Wirtschaft bei Konzeptionierung und Akkreditierung der Studiengänge beteiligen

IHK-Position 2.2: Berufliche und akademische Bildung durchlässig gestalten

Der Trend zur Akademisierung ist auch in der Region Osnabrück spürbar. Eine Folge ist, dass die Beteiligung an der beruflichen Bildung relativ abnimmt.

Für die Betriebe in der Region Osnabrück ist die Durchlässigkeit zwischen beruflichem und akademischem System in beide Richtungen wichtig. Es fiele den Betrieben leichter, Nachwuchskräfte für die berufliche Bildung zu gewinnen, wenn die späteren Entwicklungsmöglichkeiten im akademischen Bereich frühzeitiger erkennbar wären.

Vor diesem Hintergrund sollte die Hochschule Osnabrück ihr Angebot berufs begleitender Studiengänge für beruflich Qualifizierte ausbauen und noch transparenter machen. Zugleich könnte die Hochschule mögliche Wechsel vom akademischen in das berufliche Bildungssystem bei Bedarf unterstützen. Hilfreich dafür wäre eine strukturierte Beratung von bildungs- oder wechselinteressierten Personen.

Zur Steigerung der Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Angebot berufsbegleitender Studiengänge für beruflich Qualifizierte ausbauen und transparenter machen
- Weiterbildung zum beruflichen Bildungssystem für Studienberater anbieten
- Hochschule und Universität enger mit Ausbildungsbetrieben bzw. Auszubildenden verknüpfen
- Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung klar kommunizieren

IHK-Position 2.3: Abbrecherquote senken und Studienabbrecher in Berufsbildung integrieren

Hohe Abbruchquoten im Hochschulbereich zeigen, dass der Trend zur Akademisierung auch unerwünschte Folgen hat.

Für die Wirtschaft in der Region Osnabrück sind Studienabbrecher potenzielle Fachkräfte. Die Unternehmen können davon profitieren, wenn ihnen neue Perspektiven etwa im Bereich der beruflichen Bildung aufgezeigt werden. Auch die jungen Menschen können durch eine frühzeitige Unterstützung bei der Neuorientierung gewinnen.

Bei Unterstützung von Studienzweiflern und -abbrechern sollten die Einrichtungen der beruflichen und der akademischen Bildung Hand in Hand arbeiten. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen des Projektes „Neustart“. Hierbei arbeitet unsere IHK mit Universität und Hochschule Osnabrück daran, motivierte junge Menschen, die ihr Studium ohne Abschluss beenden, für die regionale Wirtschaft zu gewinnen.

Zur Senkung der Abbrecherquoten und der Integration von Studienabbrechern in die Berufsbildung sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Bessere Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen, v.a. an den Gymnasien
- Beratung von Studienanfängern, -zweiflern und -abbrechern intensivieren
- Instrumente zur Eignungsfeststellung von Studieninteressierten entwickeln
- Projekt „Neustart“ stärken

IHK-Position 2.4: Hochschulstandort „Region Osnabrück“ stärken

Der Hochschulstandort „Region Osnabrück“ umfasst nicht nur Universität und Hochschule Osnabrück, sondern auch weitere wissenschaftliche Einrichtungen wie etwa das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnologie (DIL) in Quakenbrück.

Viele dieser Einrichtungen pflegen dabei nationale und internationale Verbindungen, beispielsweise durch erfolgreiche Projekte

mit Partnern weltweit. Diese gilt es stärker zu nutzen, um Innovationsimpulse für die Wirtschaftsregion zu generieren und ausländische Wissensträger in die Region zu holen.

Die regionale Vernetzung als Hochschulstandort „Region Osnabrück“ und die Einbeziehung kleiner und mittlerer Unternehmen gelingt z. B. im Bereich Landtechnik bereits sehr gut. Der enge Austausch zwischen Hochschule und Unternehmen ist hier ein Garant für praxisnahe Lehre und Forschung. Die Unternehmen der Region wiederum sind attraktive Arbeitgeber für die akademisch ausgebildeten Fachkräfte.

Hohe Bedeutung kommt aktuell dem Thema Künstliche Intelligenz (KI) zu. KI hat sich in unserer Wirtschaftsregion zuletzt sprunghaft nach vorne entwickelt. Davon zeugen u. a. ein geplanter KI-Campus, die Ansiedlung des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI), das im Bau befindliche „Agro-Technicum“ an der Hochschule sowie die Absicht, den Ringlokschuppen in Osnabrück demnächst für wissenschaftliche Zwecke von Hochschule und Universität, dem DFKI sowie als Ort für mögliche Start-ups zu nutzen.

Zur Stärkung des Hochschulstandortes „Region Osnabrück“ sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Bestehende Forschungs- und Lehrschwerpunkte an den Hochschulen stärken, beispielsweise im Bereich Agrartechnik und KI (KI-Campus und DFKI)
- Auf- und Ausbau eines Hochschulstandortes in Quakenbrück (DIL) unterstützen
- KI-Campus errichten
- Masterplan Campus Westerberg in Osnabrück weiter umsetzen
- Alumni-Netzwerke stärken und ausbauen
- Hochschule und Betriebe enger vernetzen
- Anwendungsnahe Forschungs- und Entwicklungsprojekte fördern
- Studentische Praktikanten in Unternehmen einsetzen
- Internationale Studienprogramme insbesondere im Hinblick auf den Einsatz ausländischer Praktikanten ausbauen
- Hochschulstandort Osnabrück überregional besser bewerben

Kernanliegen 3 – Berufliche Ausbildung stärken

Für die Betriebe wird es eine immer größere Herausforderung, ihren Fachkräftebedarf über die Ausbildung von eigenem Nachwuchs zu sichern. So zeigen die regelmäßigen IHK-Ausbildungsumfragen, dass aktuell knapp jedes dritte Unternehmen in der Region nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen kann.

Das größte Ausbildungshemmnis aus Sicht der Betriebe ist nach wie vor eine fehlende Berufsorientierung. Der demografiebedingte Rückgang der Schulabgängerzahl und der anhaltende Trend zum Studium tragen zudem dazu bei, dass der betrieblichen Ausbildung potenzielle Bewerber entzogen werden. Auch eine völlig unzureichende Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen (siehe Abbildung 6) mindert die Attraktivität der dualen Ausbildung. Hinzu kommt die Konkurrenz rein schulischer Bildungsmaßnahmen.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist ein attraktives Ausbildungssystem unverzichtbar. Das Erfolgsmodell duale Ausbildung muss leistungsstark und wettbewerbsfähig bleiben, um den Anforderungen von Unternehmen und Jugendlichen auch in Zukunft gerecht zu werden.

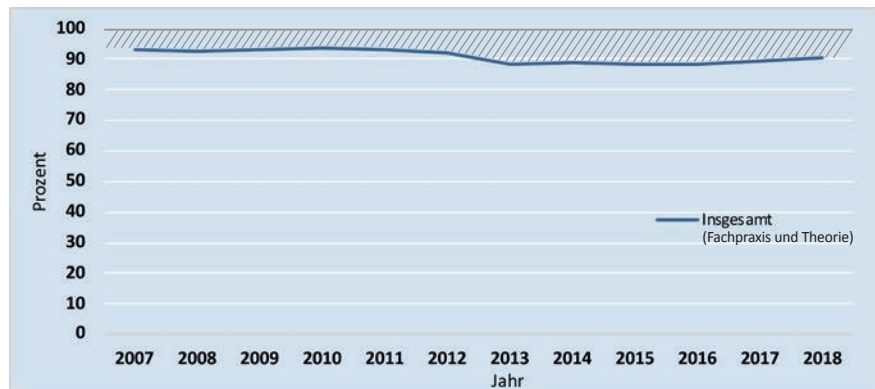


Abbildung 6: Unterrichtsversorgung an den BBSn in Niedersachsen 2007–2018

Quelle: Niedersächsisches Kultusministerium

IHK-Position 3.1: Berufsorientierung verbessern

Viele Betriebe beklagen unklare Berufsvorstellungen bei den Schulabgängern. Umso wichtiger wäre eine strukturierte Berufsorientierung. Dies ist auch das Ziel der „Ausbildungsregion Osnabrück“, die gemeinsam von Stadt und Landkreis Osnabrück sowie weiteren Partnern (u. a. IHK, Handwerkskammer, Arbeitsagentur) eingerichtet wurde.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die Berufsorientierung an den Anforderungen und Angeboten der Wirtschaft orientiert sein. Dabei spielen die Jugendberufsagenturen von Stadt und Landkreis Osnabrück eine wichtige Rolle, die ihre Angebote möglichst zusammenführen sollten. Schüler sollten unter Einbeziehung von Lehrern und Eltern motiviert werden, sich frühzeitig um einen Ausbildungsplatz zu bemühen. Um dies zu erreichen, sollten auch Kooperationen zwischen Betrieben und Schulen initiiert bzw. intensiviert werden. Insbesondere für MINT-Nachwuchskräfte sollten entsprechende Angebote ausgebaut werden.

Projekte wie die „IHK-Ausbildungsbotschafter“ tragen dazu bei, Karrierewege mit Aus- und Weiterbildung aufzuzeigen. Zudem sollten im Ausbildungsmarketing auch verstärkt digitale Formate eingesetzt werden. Ziel sollte sein, Jugendliche zu ermuntern, ihren Weg im dualen Bildungssystem zu gehen

Zur Verbesserung der Berufsorientierung sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Zusammenarbeit in der „Ausbildungsregion Osnabrück“ vertiefen
- Jugendberufsagenturen von Stadt und Landkreis Osnabrück möglichst zusammenführen
- Befragung der Schulabgänger zu Berufswahl in Stadt und Landkreis Osnabrück regelmäßig gemeinsam durchführen (wie im Landkreis Emsland)
- Datenabgleich und -transfer zwischen den Partnern im dualen System (allgemeinbildende Schulen, berufsbildende Schulen, IHKs u. a.) verbessern (z. B. durch „Schüler-Online“)
- Kooperationen von Unternehmen mit Schulen voranbringen, etwa durch Betriebspraktika für Schüler oder Gastvorträge von Unternehmen in Schulen
- Jugendliche auf Augenhöhe über die berufliche Ausbildung informieren
- Digitale Formate zur Berufsorientierung und zum Ausbildungsmarketing verstärkt nutzen
- Unternehmerische und berufsnahe Inhalte an den Schulen lehren
- Angebote für MINT-Nachwuchskräfte ausbauen
- Niedersachsen-Technikum für männliche Bewerber öffnen
- Vollzeitschulisches „Übergangssystem“ zurückfahren
- Elterninformationen zur Berufsorientierung ausbauen

IHK-Position 3.2:

Qualität und Erreichbarkeit der Berufsschulen sichern

Eine duale Ausbildung wird sowohl in der Berufsschule als auch im Betrieb absolviert und lebt vom effektiven Zusammenspiel beider Partner.

Die regionalen Unternehmen sind auf gut ausgestattete Berufsschulen mit einer ausreichenden Zahl qualifizierter und engagierter Lehrer angewiesen. Ein hochwertiges, gut erreichbares Berufsschulangebot vor Ort ist damit ein wesentlicher Faktor für die Fachkräftegewinnung und -bindung. Insofern muss eine standortnahe Beschulung in der Region Osnabrück langfristig gesichert werden. Die Eigenständigkeit der Berufsschulen sollte dabei gestärkt werden.

Auch in der Region Osnabrück fällt allerdings die Unterrichtsversorgung an den meisten beruflichen Schulen hinter der Versorgung an allgemeinbildenden Schulen zurück. Hier muss das Land Niedersachsen zügig Personal aufstocken. Zudem besteht auch bei Gebäuden und Ausstattung in einzelnen Schulen Handlungsbedarf für die kommunalen Schulträger.

Zur Sicherung von Qualität und Erreichbarkeit der Berufsschulen sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Wohnortnahe Beschulung durch Erhalt der Schulstandorte und möglichst auch der Fachklassen sichern
- Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen verbessern (Land)
- Schulgebäude und technische Ausstattung einschließlich IT-Support an aktuelle Standards in den Unternehmen anpassen
- Eigenständigkeit der Berufsschulen stärken (Land)
- Qualitätsmanagement in den Berufsschulen unterstützen
- Neue Lehr- und Lernkonzepte wie etwa Modelle von Smart Factories in Berufsbildenden Schulen erproben
- Kommunikation der Berufsschulen mit den Betrieben stärken
- Digitalisierung in den Berufsbildenden Schulen voranbringen

- Austausch zwischen Lehrkräften an Berufsschulen und Ausbildern in Unternehmen ausbauen
- Unterschiedliche Schülertickets von Landkreis und Stadt Osnabrück in allgemeines Azubi-Ticket umwandeln
- Günstigen und attraktiven Wohnraum insbesondere für Auszubildende schaffen
- Azubi-Wohnheime und vergleichbare Infrastrukturen in unserer Region prüfen

IHK-Position 3.3:

Duales Bildungssystem attraktiver machen

Das duale Ausbildungssystem ist ein Garant für die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Dies haben viele Länder weltweit erkannt, die das deutsche System als Vorbild für ähnliche Ausbildungsformate nutzen. Es ist nicht zuletzt deshalb politischer Konsens, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind. In der Praxis jedoch wird die berufliche Bildung jedoch gelegentlich von Schülern und Eltern als „Notlösung“ oder „Bildung zweiter Klasse“ mit geringen Karrierechancen gesehen.

Die Betriebe in der Region Osnabrück sind für ihre Fachkräftesicherung darauf angewiesen, dass die duale Berufsausbildung wieder eine höhere gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Wichtige Bausteine für die Qualität der dualen Berufsausbildung sind z. B. hohe schulische und betriebliche Ausbildungsstandards, moderne Schulausstattung sowie eine gute Erreichbarkeit der Lernorte auch mit dem öffentlichen Nahverkehr.

Zur Attraktivitätssteigerung des dualen Bildungssystems sind folgende Maßnahmen wichtig:

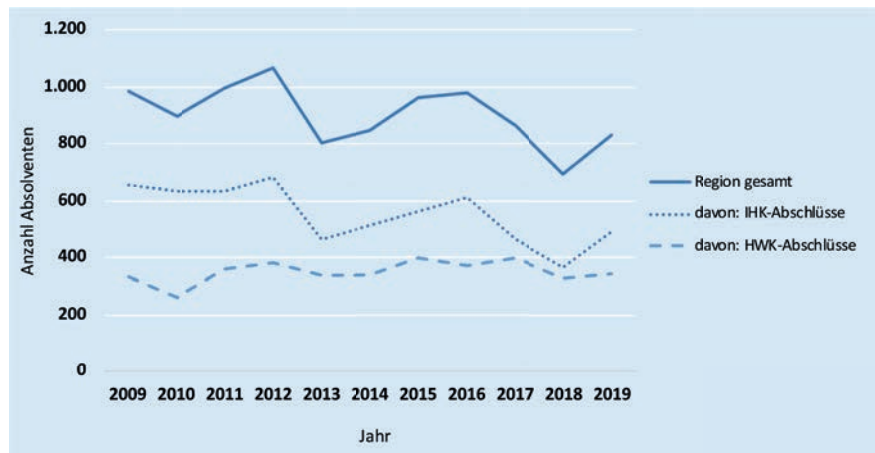
- Karrierewege mit Aus- und Weiterbildung aufzeigen
- Gleichwertigkeit von dualer Berufsausbildung und Weiterbildung mit akademischer Bildung sichtbar machen
- Ausbildungsintegrierte duale Studiengänge weiter fördern
- Qualitativ hochwertiges Prüfungswesen durch Gewinnung und Schulung von ehrenamtlichen Prüfern weiterhin sicherstellen
- Ehrenamt im Prüfungswesen verstärkt wertschätzen
- Neue Berufe und Berufsfelder entwickeln
- Berufsbildungsprozesse digitalisieren
- Angebote für leistungsstärkere Schulabgänger und Studienabbrecher entwickeln
- Leistungsschwächere Schulabgänger besser fördern
- Top-Ausbildungsbetriebe identifizieren und bekannt machen

Kernanliegen 4 – Weiterbildungsbeteiligung erhöhen

Berufliche Weiterbildung ist eine Investition in eine erfolgreiche berufliche Karriere. Angesichts der demografischen Entwicklung gewinnt sie an Bedeutung.

Für die Betriebe hat insbesondere die Höhere Berufsbildung, also die Weiterbildung zum Fachwirt/-kaufmann, Industrie-/Fachmeister oder IHK-Betriebswirt, einen hohen Stellenwert. Zugleich zeigt sich, dass die Weiterbildungsbeteiligung in der Region Osnabrück vergleichsweise gering ist.

Insofern sollte die berufliche Weiterbildung auch in der Region Osnabrück einen größeren Stellenwert erhalten als bisher. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung.



Quelle: IHK sowie HWK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim

Abbildung 7: Prüfungsabsolventen im Bereich der Höheren Berufsbildung 2009–2019

IHK-Position 4.1: Lebenslanges Lernen stärken

Aufgrund immer schnellerer technischer und inhaltlicher Entwicklungen gewinnt das lebenslange Lernen von Mitarbeitern für die Wirtschaft an Bedeutung. Das gilt insbesondere für ländliche Regionen, in denen die formale Weiterbildungsbeteiligung weniger ausgeprägt ist.

In der Region Osnabrück ist die Weiterbildungsbeteiligung vergleichsweise gering. Die regionalen Unternehmen könnten ihre Wettbewerbsposition aber tendenziell verbessern, wenn sie gemeinsam mit ihren Belegschaften noch konsequenter auf Weiterbildung setzen.

Vor diesem Hintergrund ist ein stärkeres Weiterbildungsentgagement aller in der Region Osnabrück wünschenswert. Hierzu sollte der Weiterbildungsbedarf in der Region regelmäßig erfasst werden. Soweit sinnvoll, sollte das Weiterbildungsangebot vor Ort oder alternativ durch digitale Angebote ausgebaut werden.

Zur Stärkung des lebenslangen Lernens sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Weiterbildungskultur in den Unternehmen stärken
- Transparenz des Bildungsangebotes verbessern
- Weiterbildungsbedarf in der Region regelmäßig erfassen
- Weiterbildungsangebote bedarfsgerecht weiterentwickeln, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung
- Weiterbildungsangebote altersadäquat gestalten und bewerben
- Innovative Qualifizierungsformate und -standards entwickeln
- Finanzielle Unterstützung für Weiterbildungsteilnehmer verstärken (z. B. „Meister-Bonus“, Maßnahme auf Ebene des Landes)
- Beispiele erfolgreicher beruflicher Karrieren bewerben

IHK-Position 4.2: Gleichwertigkeit der Bildungssysteme herstellen

Eine bessere Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung ist wichtig, um die Idee des lebenslangen Lernens umzusetzen und den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt Rechnung zu tragen. Die Höhere Berufsbildung hat hierbei für viele Betriebe einen hohen Stellenwert. Zudem bieten die Abschlüsse, die dabei erlangt werden können, gleichwertige Alternativen zu akademischen Abschlüssen an Hochschulen (gem. Deutschem Qualifikationsrahmen DQR).

Das Wissen über die Chancen und Möglichkeiten der Höheren Berufsbildung ist allerdings vielfach gering. Ihre Bedeutung sollte deshalb noch klarer herausgestellt werden, um sowohl die Nachfrage nach solchen Weiterbildungen als auch deren Förderung seitens der Unternehmen zu verbessern. Im Rahmen einer stärkeren Berufsorientierung könnten diese Informationen bereits in den Schulen vermittelt werden. Zudem sollten

für Weiterbildungsabschlüsse, mit denen akademischen Abschlüssen vergleichbare Kompetenzniveaus erreicht werden, auf Bundesebene international verständliche Abschlussbezeichnungen (z. B. „Bachelor Professional“ und „Master Professional“) eingeführt werden.

Neben einer Stärkung der Marke „Höhere Berufsbildung“ sollte auch die faktische Durchlässigkeit erhöht werden, beispielsweise indem zwischen Hochschulen und Berufsschulsystem bürokratische Hürden weiter abgebaut werden und bereits erbrachte Vorleistungen einfacher angerechnet werden. Auch ein verbesserter Austausch zwischen Lehrpersonal an Hochschulen sowie in Unternehmen und Berufsschulen würde hierzu beitragen.

Zur Herstellung der Gleichwertigkeit der Bildungssysteme sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Marke „Höhere Berufsbildung“ etablieren
- Höhere Berufsbildung finanziell und qualitativ gleich attraktiv wie die Angebote von Hochschulen gestalten
- Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung durch gegenseitige Anerkennung bereits erbrachter Leistungen fördern
- Austausch zwischen Lehrpersonal an Hochschulen sowie in Unternehmen und Berufsschulen intensivieren



Standortattraktivität

Einführung

Städte, Landkreise und Gemeinden konkurrieren um die Gunst von Investoren, Unternehmen und Einwohnern. Durch die fortschreitende politische und wirtschaftliche Integration wird der Wettbewerb zwischen Regionen zukünftig noch intensiver werden.

Für Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen sind auch sogenannte „weiche“ Standortfaktoren wichtig. Sie entscheiden darüber, ob ausreichend Fachkräfte in der Umgebung leben möchten. Wohnraum,

Kinderbetreuung, ÖPNV-Angebot, Freizeit- und Kulturangebote oder Bildungseinrichtungen: Eine hohe Lebensqualität zieht erwerbsfähige Menschen und damit auch Unternehmen an.

Um die hohe Standortattraktivität in der Region Osnabrück zu sichern, sind der regionalen Wirtschaft folgende vier Kernanliegen wichtig:

1. Standort Innenstadt stärken
2. Regionalmarketing vorantreiben und Image verbessern
3. Weiche Standortfaktoren ausbauen
4. Kommunen als attraktive Wohnstandorte positionieren



© Kzenon, stock.adobe.com



„Für eine hohe Standortattraktivität ist eine lebendige Innenstadt das A und O. Sie sollte gut erreichbar sein und die Besucher dazu einladen, möglichst lange zu verweilen. Der Stadt Osnabrück kommt hier eine besondere Rolle zu, aber auch die anderen Handelsstandorte in der Region haben den Kunden viel zu bieten. Sie zu stärken und attraktiv zu halten, ist daher eine wichtige Aufgabe für Politik und Verwaltung.“

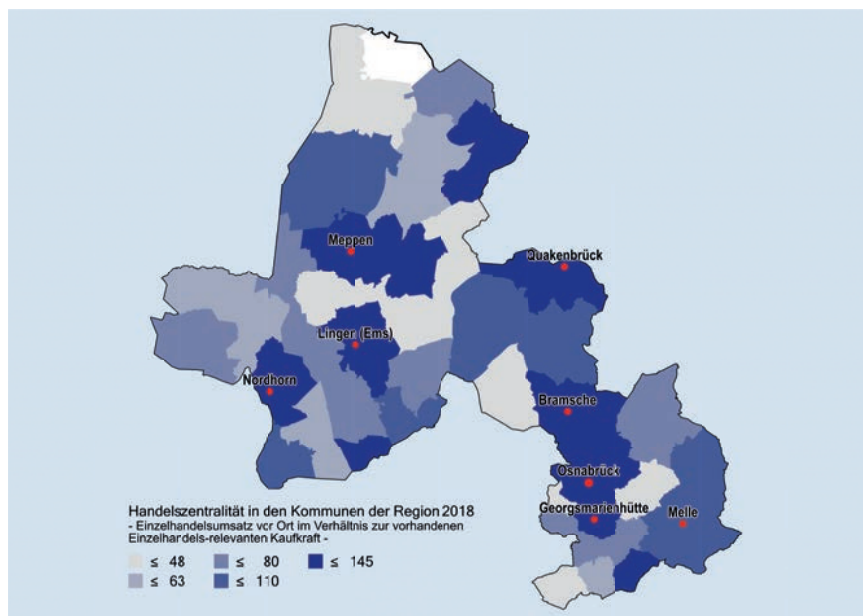
Mark Rauschen | L + T Lengermann + Trieschmann GmbH & Co. KG

Kernanliegen 1 – Standort Innenstadt stärken

Ein attraktiver und vielfältiger Handelsbesatz ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Stadt- und Tourismusmarketing und ein bedeutendes Element für die Bewertung der Wohnqualität eines Standortes. Die IHK-Standortumfrage hat ergeben, dass die Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten in der Region Osnabrück per Saldo hoch ist – auch wenn die Handelszentralitäten insbesondere in den Kommunen des Landkreises Osnabrück mitunter niedrig sind (siehe Abbildung 8).

Hinzu kommt, dass übergreifende Herausforderungen auch vor den Kommunen in der Region Osnabrück nicht Halt machen: Online-Handel, demografischer Wandel, Flächenexpansion und Veränderung des Kundenverhaltens sind hierbei wichtige Aspekte.

Vor diesem Hintergrund müssen sich die Kommunen an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen und individuelle Lösungsansätze für attraktive und vitale Einzelhandels- sowie Dienstleistungsstandorte erarbeiten.



MB Research GmbH (1. Januar 2019); eigene Berechnungen und Darstellung

Abbildung 8:
Handelszentralität in den Kommunen der Region 2018

IHK-Position 1.1: Erreichbarkeit der Innenstädte und Zentren sichern

Im Wettbewerb mit peripheren Einzelhandelsstandorten ist es wichtig, dass die Zentren einfach und komfortabel für Kunden, Mitarbeiter und Lieferanten zu erreichen sind. Im weitaus überwiegenden Teil der Städte und Gemeinden in der Region Osnabrück ist dies der Fall. Für einige größere Städte, insbesondere für die Stadt Osnabrück, gilt dies allerdings nur eingeschränkt. Dabei orientiert sich das Umland nach wie vor auf das Oberzentrum mit seinem starken Handels- und Gastronomiebesatz, seinen Schulen und Hochschulen, seinen Krankenhäusern sowie seinen Kultur- und Freizeitangeboten.

Allzu oft beeinträchtigen verkehrliche Einschränkungen etwa durch Baustellen die Erreichbarkeit von Unternehmen in der Innenstadt ein. Damit Zentren jedoch lebendig bleiben und die dort ansässigen Unternehmen Entwicklungsperspektiven haben, muss ihre Erreichbarkeit auf hohem Niveau gewährleistet sein. Darüber hinaus ist auch ein ausreichendes und kostengünstiges Parkraumangebot in fußläufiger

Zentrumsnähe notwendig (s. Handlungsfeld Standortattraktivität, Position 4.2).

Um die verkehrliche Erreichbarkeit der Innenstädte sicherzustellen, sind sowohl eine gute Pkw- als auch eine gute ÖPNV-Anbindung zu gewährleisten. Vorhandene und zukünftige technologische Entwicklungen sollten beispielsweise für intelligente Ampelschaltungen genutzt werden, um die bestehenden Verkehrswege besser auszulasten und den Verkehrsfluss zu optimieren. Kommunale Strategien und Konzepte sollten zudem zukünftige Verkehrsentwicklungen bereits berücksichtigen, beispielsweise die stark wachsende Anzahl von privaten Paket-Lieferungen. Hierbei sollte ein umfassender Ansatz verfolgt werden, beispielsweise durch ein regionales Gesamtverkehrskonzept, das auch die Verkehrsbeziehungen mit dem Umland und insbesondere den Wirtschaftsverkehr mit berücksichtigt.

Zur Sicherung der Erreichbarkeit der Innenstädte sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Regional abgestimmtes Gesamtverkehrskonzept entwickeln
- Fahrverbote aufgrund von Luftschadstoffen verhindern
- Innenstädte vom Durchgangsverkehr entlasten durch stadtrandnahe Umfahrungsmöglichkeiten (in Osnabrück z. B. durch A 33 Nord und Westumgehung)
- Verkehrsfluss durch intelligente Ampelschaltungen optimieren („grüne Welle“)
- Tempo-30-Zonen auf Haupteinfallstraßen vermeiden
- Ausreichend Parkraum für den motorisierten Individualverkehr sicherstellen, Parkgebühren standortangemessen gestalten
- Park & Ride sowie Park & Bike in der Stadt Osnabrück, den umliegenden Gemeinden sowie den Mittelzentren im Landkreis Osnabrück ausbauen
- Sichere Fahrradwege abseits der Haupteinfallstraßen und Fahrradparkplätze schaffen
- Leihsysteme für Fahrräder, Roller und PKW einrichten und ausbauen
- Attraktives und emissionsarmes ÖPNV-Angebot mit Verknüpfung mit dem Umland sicherstellen
- Bedarfsabhängiges (on demand) ÖPNV-Angebot einführen
- Kürzere Taktung und kleinere Einheiten im ÖPNV anbieten
- Baustellenmanagement verbessern, Baumaßnahmen besser koordinieren und schneller durchführen
- Projekte im Bereich der schienengebundenen Verkehrsmittel prüfen
- Aufenthaltsqualität am Neumarkt durch Reduzierung oder langfristig durch Entfall des Busverkehrs verbessern
- Kreuzungen und Ampelschaltungen zur Reduzierung des Unfallrisikos bei Abbiegevorgängen von LKW optimieren
- Lkw-Fahrtrichtungsvorgabe auf dem Wallring zur Vermeidung von Rechtsabbiegevorgängen prüfen
- Tankstelleninfrastruktur für E-Mobilität bzw. für alternative Kraftstoffe aufbauen
- Zur besseren Personenbeförderung ausreichenden Raum gewährleisten – auch für Taxen und Mietwagen

IHK-Position 1.2: Handelsstandorte entwickeln

Attraktive Innenstädte und Ortszentren brauchen Vielfalt. Dazu zählen ein ausgewogener Branchenmix im Handel und ergänzende Angebote in den Bereichen Freizeit, Kultur, Wohnen und Arbeiten. In der Region Osnabrück nimmt dabei die Stadt Osnabrück als Oberzentrum eine besondere Rolle ein, indem sie Funktionen bündelt und für die Region insgesamt vorhält.

Aus Sicht der Wirtschaft ist ein regionaler Konsens über die zukünftig angestrebten Einzelhandelsentwicklungen wichtig. Hierzu sollte das regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Osnabrück für den Bereich Einzelhandel fortgeschrieben werden und in Abstimmung mit dem ebenfalls fortzuschreibenden Märkte- und Zentrenkonzept der Stadt Osnabrück gebracht werden.

Darüber hinaus stärken Maßnahmen wie eine leistungsfähige Glasfaserversorgung und kostenloses öffentliches WLAN den Standort Innenstadt. Auch nichtinvestive Maßnahmen wie Innenstadtwettbewerbe und Veranstaltungen dienen der Profilierung der Standorte. Gerade in Ortszentren mit rückläufiger Einzelhandelsbedeutung sollte die Funktion des Zentrums im Dialog mit Eigentümern, der lokalen Wirtschaft, der Anwohnerschaft sowie der Öffentlichkeit diskutiert und (neu) definiert werden. Ziel sollte ein lebendiges und dauerhaft ökonomisch selbsttragendes Zentrum sein.

Zur Entwicklung der Handelsstandorte sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Regionales Raumordnungsprogramm des Landkreises Osnabrück und Märkte- und Zentrenkonzept der Stadt Osnabrück für den Bereich Einzelhandel fortschreiben (Anpassung an LROP) und aufeinander abstimmen
- Einzelhandelskonzepte in den Städten und Gemeinden erstellen bzw. aktualisieren
- Zentrenorientierte Einzelhandelsentwicklung und Sicherung der Nahversorgung weiter unterstützen
- Initiativen zur Stärkung des stationären Einzelhandels forcieren, Innenstadt-Wettbewerbe sowie zugkräftige Veranstaltungen initiieren und City-Marketing ausbauen

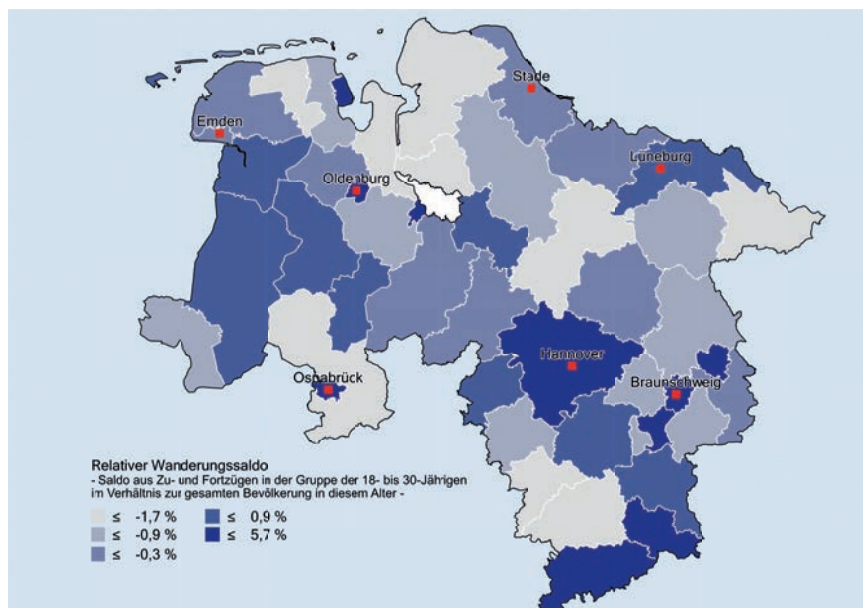
- Nutzungsvielfalt in den Innenstädten erhalten und sichern, beispielsweise durch einen Ausbau der gastronomischen und kulturellen Angebote
- Aufenthaltsqualität in den Innenstädten verbessern, beispielsweise durch einen attraktiven öffentlichen Raum (Sauberkeit und Sicherheit), eine einladende Stadtmöblierung und freies WLAN
- Potenziale des Tourismus auch für Handelsstandorte nutzen
- Nahversorgung im ländlichen Raum stärken
- Verzahnung von E-Commerce und Innenstadthandel fördern
- Zur Beseitigung von städtebaulichen Missständen rasch Baurecht für zukunftsfähige Investitionen schaffen und Städtebauförderung nutzen

Kernanliegen 2 – Regionalmarketing vorantreiben und Image verbessern

Regionalmarketing ist die Antwort auf die Herausforderungen eines fortschreitenden Wettbewerbs der Standorte. Dabei spielen Lebensqualität, Infrastruktur und Wirtschaftskraft eine ebenso wichtige Rolle wie Identität und Profil.

Viele Stärken prägen das Image der Region Osnabrück positiv. Hierzu zählen zahlreiche „weiche“ Standortfaktoren wie der hohe Natur-Erholungswert, gute Schul- und Kinderbetreuungsangebote oder die vielfältigen Kultur- und Freizeitangebote. Im Rahmen der IHK-Standortumfrage bewerteten die Unternehmen das Image der Region jedoch unterdurchschnittlich. Während sich im Landkreis Osnabrück noch 72% der Betriebe hiermit (sehr) zufrieden zeigen, waren es in der Stadt Osnabrück lediglich 58%.

Insofern sollte es ein Ziel der Region sein, ihr Image weiter zu verbessern und die hohe Standortqualität für Investoren und potenzielle Fachkräfte besser zu verdeutlichen. Hierzu sollte ein gemeinsames Regionalmarketing von Stadt und Landkreis Osnabrück etabliert werden.



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen (Durchschnitt der Jahre 2016/2017); eigene Darstellung

Abbildung 9:
Relativer Wanderungssaldo der 18- bis 30-Jährigen in Niedersachsen

IHK-Position 2.1: Gemeinsames Regionalmarketing für Stadt und Landkreis entwickeln

Ein effektives Regionalmarketing ist wichtig für die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie für die Gewinnung von Fach- und Führungskräften. Stadt und Landkreis Osnabrück werden national und international allerdings noch kaum als erfolgreicher gemeinsamer Wirtschaftsraum wahrgenommen. Hierzu fehlt aktuell noch die Sichtbarkeit.

Ziel eines gemeinsamen Regionalmarketings von Stadt und Landkreis muss sein, die Vorteile der Region herauszustellen und national wie international zu vermarkten. Dabei sollten auch die Universität und die Hochschule Osnabrück einbezogen werden, die die Region als Wissenschaftsstandort prägen und Talente für den Wirtschaftsraum gewinnen.

Mögliche Handlungsfelder einer von Stadt und Landkreis Osnabrück (bzw. ihren Wirtschaftsförderungseinrichtungen WFO und WIGOS) getragenen neuen Regionalmarketing-Gesellschaft sollten z. B. gemeinschaftliche Auftritte bei international

bedeutenden Messen sowie auf Konferenzen und Kongressen sein. Bei einer im Zeitverlauf erfolgreichen Zusammenarbeit könnten dieser neuen Gesellschaft weitere Aufgaben der Wirtschaftsförderungen übertragen werden.

Zur Entwicklung eines gemeinsamen Regionalmarketings für Stadt und Landkreis sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Regionalmarketing-Gesellschaft von Stadt und Landkreis Osnabrück etablieren
- Marke „Region Osnabrück“ und Regionalmarketing-Konzept unter Beteiligung regionaler Partner entwickeln
- Regionalmarketing mit Standortmarketing-Aktivitäten des Landes (Invest in Niedersachsen) und des Bundes (GTAI) verzahnen
- NRW-Kommunen im Einzugsgebiet Beteiligung anbieten
- Potenzielle Zielgruppen identifizieren und gezielt ansprechen (z. B. Fach- und Führungskräfte, Rückkehrer, Investoren)

IHK-Position 2.2:

Image als attraktive und prosperierende Region vorantreiben

Die Region Osnabrück glänzt durch zahlreiche Standortvorteile und ihren entsprechenden wirtschaftlichen Erfolg. Industrie, Dienstleistungen, Handel und Tourismus haben sich in den letzten Jahrzehnten gut entwickelt. In der Region Osnabrück herrscht in weiten Teilen inzwischen Vollbeschäftigung.

Zahlreiche „Hidden Champions“ in verschiedenen Branchen, flache Hierarchien in den Unternehmen und vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten sind wichtige Argumente, um Fachkräfte für die Region zu begeistern.

Diese Standortvorteile sollten noch stärker als bisher transparent gemacht und nach außen beworben werden. Hierbei sollten insbesondere die Attraktivität und die Vielfalt der Arbeitsplätze betont werden. Auch die Möglichkeiten, Beruf und Familie miteinander in Einklang bringen zu können, sind Argumente im Standortmarketing.

Zur Verbesserung des Images sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Allgemeine Standortvorteile, wirtschaftlichen Erfolg und „Hidden-Champions“ sichtbarer machen
- Starke Bedeutung der Industrie herausarbeiten
- Attraktivität und Vielfalt der Arbeitsplätze betonen
- Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie darstellen und weiter verbessern
- Spezifische Vorteile von Stadt und Landkreis als attraktive Wohnorte herausstellen (z. B. günstige Wohngelegenheiten und hohe Eigentumsquote)
- Nutzung von Zertifikaten wie „Ausgezeichneter Wohnort“, um Standortvorteile zu kommunizieren

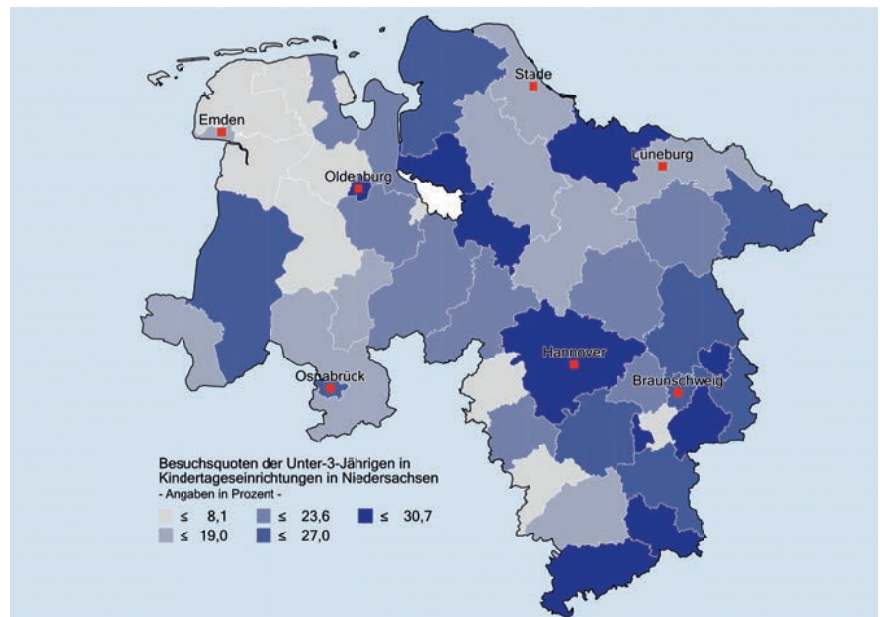


Kernanliegen 3 – Weiche Standortfaktoren ausbauen

Neben harten Standortfaktoren wie der Infrastruktur beachten Unternehmen wie auch Fach- und Führungskräfte die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren. Im Großen und Ganzen ist die Region Osnabrück hier gut aufgestellt und kann z. B. mit guter medizinischer Versorgung, vielfältigen Schul-, Freizeit- und Sportangeboten oder bedarfsgerechter Kinderbetreuung punkten.

Allerdings steigen die Anforderungen an einen attraktiven Standort immer weiter. Der Wettbewerb zwischen den Regionen nimmt insofern zu.

Die Kommunen in der Region Osnabrück sollten ihre Angebote deshalb weiterentwickeln. Ziel sollte dabei sein, weiterhin erfolgreich Investoren sowie Fach- und Führungskräfte von außen zu akquirieren bzw. die ansässigen Fach- und Führungskräfte zu halten.



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen (März 2018), eigene Darstellung

Abbildung 10:
Besuchsquoten der Unter-3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen

IHK-Position 3.1: Soziale Infrastruktur stärken und ausbauen

Neben Kultur- und Freizeitangeboten spielt für Fach- und Führungskräfte die soziale Infrastruktur eine wichtige Rolle. Die Region Osnabrück kann hier mit vielen Angeboten überzeugen, z. B. dem engen gesellschaftlichen Zusammenhalt oder dem vielfältigen Vereinsleben. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren auch staatliche Angebote ausgebaut, beispielsweise zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Trotz der positiven Entwicklungen in der Vergangenheit benötigen die Unternehmen einen weiteren Ausbau der sozialen Infrastruktur. Hierzu zählt insbesondere ein durchgehendes Angebot an Ganztagsbetreuung in den Kitas und Schulen mit dem Ziel, dass mehr Eltern aktiv am Wirtschaftsleben teilnehmen können, sofern sie dies wünschen. Diese schließt auch Betreuungsangebote für ältere Menschen mit ein.

Notwendig ist in der Region Osnabrück auch eine bessere Zugänglichkeit für Kitas am Arbeitsplatz, wenn dieser nicht mit dem Wohnsitz zusammen fällt. Zudem benötigen auch die Unternehmen selbst mehr Handlungsfreiräume und weniger Bürokratie, wenn sie eine eigene betriebliche Kita einrichten möchten.

Zum Ausbau und zur Stärkung der sozialen Infrastruktur sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Kinderbetreuungsinfrastruktur weiter ausbauen (siehe auch Handlungsfeld Fachkräfte/Bildung, IHK-Position 1.3.)
- Zugang zu Kinderbetreuung verbessern, wenn Arbeitsplatz und Wohnsitz nicht identisch sind
- Hürden für betriebliche Kinderbetreuung abbauen
- Kinderbetreuungsangebote in Randzeiten für Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeitende organisieren

- Ferienbetreuung für Kinder einrichten oder ausbauen
- Pflegestützpunkte ausbauen und Betreuungsinfrastruktur für ältere Menschen in der Fläche sicherstellen
- Bildungsangebote bedarfsgerecht weiterentwickeln
- Ganztagsangebote an Schulen und Kindergärten ausbauen
- Medizinische Versorgung auf hohem Niveau sicherstellen
- Gründung internationaler Schulen bei hinreichender Nachfrage unterstützen

IHK-Position 3.2:

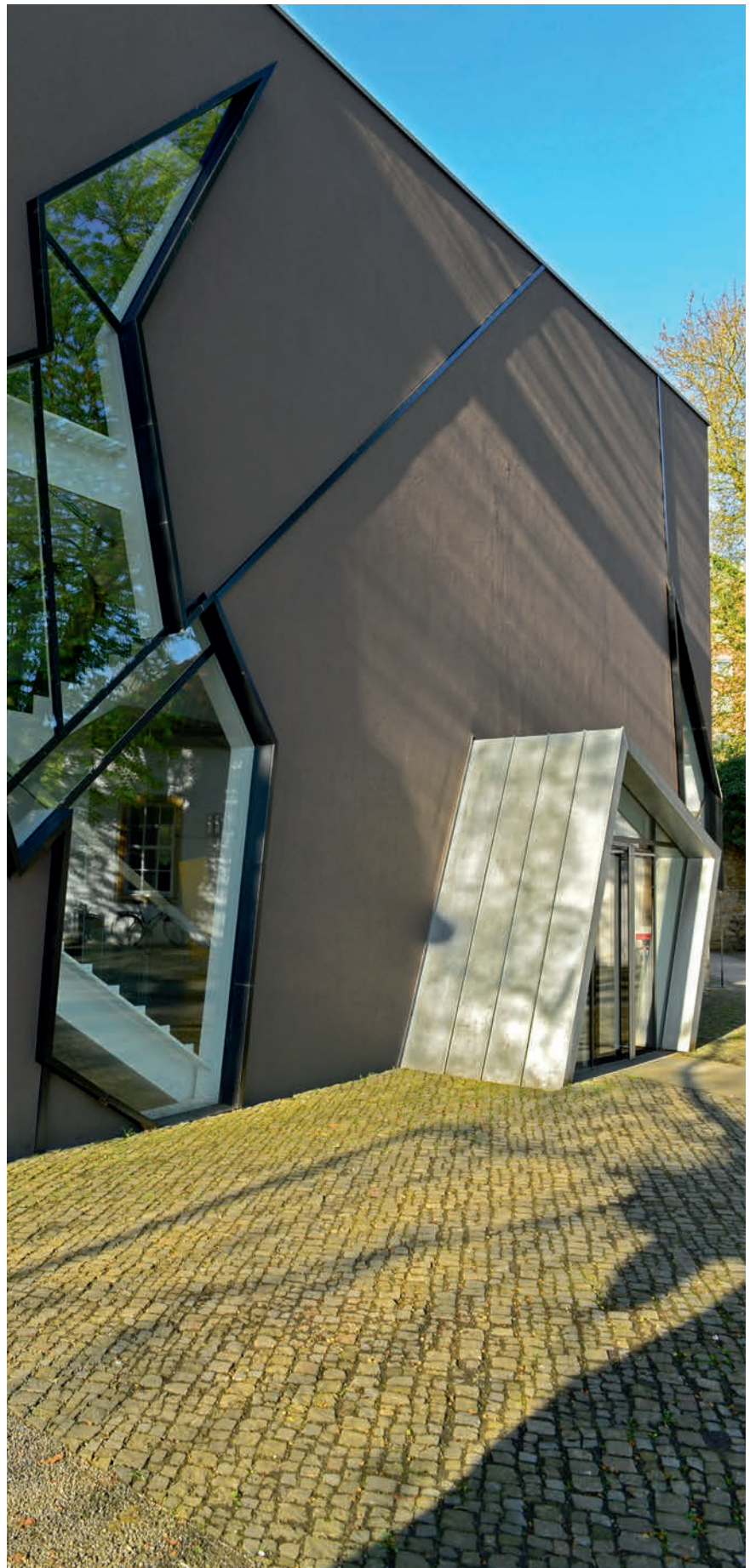
Bei den Kultur- und Freizeitangeboten mehr Leuchttürme schaffen

Kultur- und Freizeitangebote sind wichtige Standortfaktoren mit großem Einfluss auf die Wahrnehmung der Lebensqualität. Gemeinsam sind Stadt und Landkreis Osnabrück auf diesem Gebiet in einer günstigen Position. So bietet der Landkreis Osnabrück touristische Anziehungspunkte wie die Bäder-Kommunen oder die Naturlandschaften Teutoburger Wald und Wiehengebirge. Die Stadt kann andererseits mit vielfältigen Kultur- und Museumangeboten punkten.

Um die Potenziale noch besser ausschöpfen zu können, sollte die Zusammenarbeit im Bereich Freizeit und Kultur zwischen Stadt und Landkreis Osnabrück weiter vertieft werden. Die organisatorische und personelle Neuaufstellung des Tourismusverbands Osnabrücker Land (TOL) und der Osnabrück-Marketing- und Tourismus GmbH (OMT) sollte auch dazu genutzt werden, das existierende touristische Leitbild auf Aktualität zu überprüfen.

Zur Schaffung von Highlights bei Kultur- und Freizeitangeboten sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Leuchttürme bei den Kultur- und Freizeitangeboten sichtbarer machen
- Neuaufstellung von TOL und der OMT nutzen, um touristisches Leitbild zu aktualisieren
- Bevölkerung aller Altersstufen ansprechen und in die regionale Entwicklung einbeziehen
- Kulturszene stärken, kulturelle Angebote ausbauen
- Kooperationen mit anderen Regionen initiieren
- Profil als attraktive Destination für Städte- und Naturtourismus (Wandern/ Radfahren/Reiten) schärfen



Kernanliegen 4 – Kommunen als attraktive Wohnstandorte positionieren

Attraktive Wohnbedingungen sind Voraussetzung für die erfolgreiche Anwerbung von Fach- und Führungskräften. Viele Kommunen in der Region Osnabrück sind bereits heute attraktive Wohnstandorte. Die aktuelle IHK-Standortumfrage hat zuletzt allerdings gezeigt, dass der Themenbereich Wohnimmobilien und Grundstücke zwar insgesamt noch positiv, aber kritischer bewertet wird als bei der vorhergehenden Umfrage im Jahr 2013 (siehe Abbildung 11).

Insofern sollten die Kommunen in der Region Osnabrück weiter an ihrer Attraktivität als Wohnstandort arbeiten. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Wohnraum als auch mit Blick auf die Ausstattung mit guter Infrastruktur.

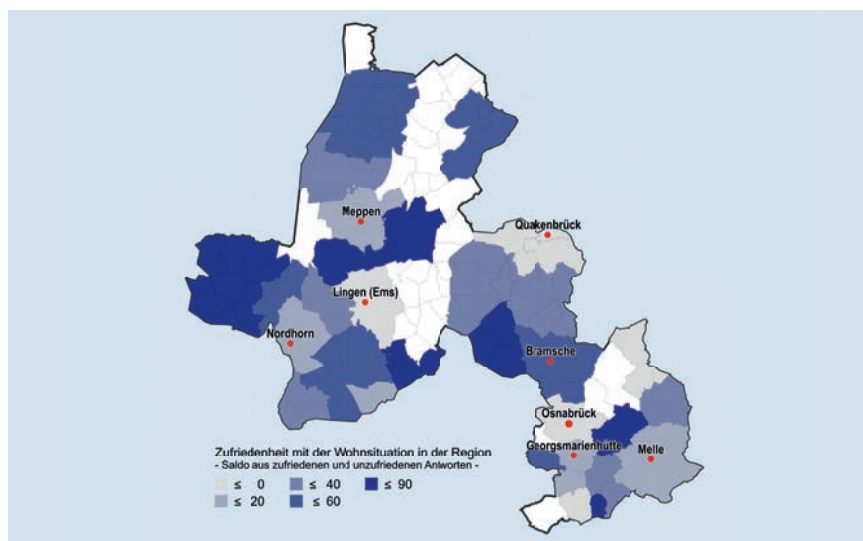


Abbildung 11:
Zufriedenheit mit der Wohnsituation in der Region

IHK-Position 4.1: Aktive Grundstücks politik betreiben

Die Kommunen in der Region Osnabrück bieten insgesamt ein vielfältiges Wohnangebot. Die meisten Kommunen, insbesondere im Landkreis Osnabrück, bieten Zuzugswilligen ausreichend Platz für ihre Zukunft. Dies verdeutlicht nicht zuletzt die überdurchschnittlich hohe Wohneigenumsquote.

Infolge der erfolgreichen regionalen Entwicklung der vergangenen Jahre bewerten die Unternehmen aber auch in der Region Osnabrück das Wohnraumangebot zunehmend kritisch. Vielen Betrieben wird die Anwerbung von Fachkräften dadurch erschwert, dass ein entsprechendes Wohnangebot z.T. fehlt.

Vor diesem Hintergrund sollten die vorhandenen Flächenpotenziale besser genutzt werden als bisher. Hierbei müssen die deutlich verschiedenen lokalen Gegebenheiten berücksichtigt werden. Um Gewerbe- und Wohnflächen hierbei nicht gegeneinander auszuspielen, bedarf es klarer Konzepte, die weiterhin beiden Nutzungen Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Grundsätzlich sollte dabei allerdings stärker als bisher betont werden, dass trotz der zwischenzeitlichen Preissteigerungen bei Mieten und Grundstücken die Wohnkosten in der Region Osnabrück immer noch vergleichsweise niedrig sind.

Für eine aktive Grundstücks politik sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Gemeinsame Wohnflächenstrategie für Stadt und Landkreis Osnabrück entwickeln (in Verbindung mit Gewerbe und Verkehr)
- Flächenverfügbarkeiten kommunal analysieren
- Konzepte mit wohnwirtschaftlichen wie gewerblichen Nutzungen anstreben
- Möglichkeiten der Nachverdichtung nutzen und Bebauungspläne ggf. anpassen
- Verhältnismäßig geringe Wohn- und Lebenshaltungskosten in der Region Osnabrück erhalten und bewerben
- Kommunale Wohnungsgesellschaften im Wettbewerb mit privaten Anbietern nicht bevorzugen

IHK-Position 4.2: Anbindung an die Innenstädte und den Arbeitsplatz verbessern

Für die Beurteilung des Wohnstandortes ist nicht nur die Verfügbarkeit eines ausreichenden und qualitativ hochwertigen Wohnungsangebots entscheidend, sondern auch die verkehrliche Anbindung und die Qualität der umliegenden Infrastruktur. Kommunen können nur dann attraktive Wohnstandorte sein, wenn auch räumlich entfernte Arbeitsstellen leicht erreichbar sind.

Für Unternehmen ist ihre gute Erreichbarkeit ebenfalls entscheidend. Nur wenn Unternehmen gut und einfach erreichbar sind, sind sie für potenzielle Arbeitnehmer auch attraktiv.

Vor diesem Hintergrund kommen einer gut ausgebauten Straßeninfrastruktur, einem attraktiven öffentlichen Personennahverkehr, aber auch einer guten digitalen Infrastruktur zentrale Rollen zu (s. Handlungsfeld Standortattraktivität, Position 1.1).

Zur Verbesserung der Anbindung an Innenstädte und Arbeitsplätze sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Integriertes Nahverkehrskonzept von Stadt und Landkreis Osnabrück entwickeln
- Bedarfsabhängiges (on demand) ÖPNV-Angebot einführen
- Kürzere Taktung und kleinere Einheiten im ÖPNV anbieten
- Gewerbegebiete besser an den ÖPNV anschließen
- Leihsysteme für Fahrräder, Roller und PKW einrichten und ausbauen
- Digitale Infrastruktur verbessern
- Nahversorgung im ländlichen Raum stärken

Quelle: IHK-Standortumfrage 2018. Dargestellt sind diejenigen Kommunen mit 10 und mehr Antworten. Kommunen mit einem geringeren Rücklauf sind weiß eingefärbt.

Wirtschaftsfreundlichkeit

Einführung

Im Wettbewerb um Unternehmen einerseits sowie Fach- und Führungskräften andererseits ist die kommunale Ebene mehr denn je gefordert. Die „Wirtschaftsfreundlichkeit“ ist hierbei ein besonders wichtiges Handlungsfeld.

Der Bürokratieabbau in den Verwaltungen ist ein zentraler Ansatzpunkt, um die mittelständisch geprägte regionale Wirtschaft zu stärken. Gelebte Wirtschaftsfreundlich-

keit und attraktive Rahmenbedingungen verstärken die Bindung zur Region und ermöglichen Gründungen, Erweiterungen und Neuansiedelungen von Unternehmen.

Um in diesem Sinne Wirtschaftsfreundlichkeit weiterhin zu dokumentieren, sind der regionalen Wirtschaft folgende vier Kernanliegen wichtig:

1. Verwaltungshandeln effizient organisieren
2. Gründungs- und Unternehmensklima stärken
3. Interkommunale Zusammenarbeit stärken
4. Abgabenerhöhungen vermeiden



© iurain778, stock.adobe.com



„Ausufernde Bürokratie ist ein echtes Hemmnis für die Unternehmen in Deutschland. Umso wichtiger ist, dass es ihnen auf regionaler Ebene nicht auch noch unnötig schwer gemacht wird. Hier kommt den Verwaltungen eine entscheidende Bedeutung zu. Sie sollten sich gemeinsam als Partner der Unternehmen in der Region verstehen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dies wäre ein echtes Plus im überregionalen nationalen und internationalen Standortwettbewerb.“

Niklas Sievert | Sievert AG

Kernanliegen 1 – Verwaltungshandeln effizient organisieren

Kommunen stehen im Wettbewerb um die Gunst von Unternehmen und Fach- und Führungskräften. Ihre Wirtschaftsfreundlichkeit ist dabei aus Sicht der Unternehmen ein zentraler Faktor.

In der Region Osnabrück wird die Wirtschaftsfreundlichkeit von Politik und Verwaltung nach den Ergebnissen der aktuellen IHK-Standortumfrage nur noch von 53 % der Unternehmen positiv beurteilt (Stadt: 42 %; Landkreis: 60 %). Damit überwiegt dieser Anteil zwar knapp den der unzufriedenen Unternehmen – zugleich fällt das Ergebnis aber unterdurchschnittlich im Vergleich zum übrigen IHK-Bezirk aus. Dabei ist die Zufriedenheit insbesondere in der Stadt Osnabrück im Vergleich zur Vorumfrage im Jahr 2013 deutlich zurückgegangen.

Gerade auf kommunaler Ebene nehmen die Betriebe zahlreiche bürokratische Hemmnisse wahr. Bei der Verbesserung der Wirtschaftsfreundlichkeit haben die kommunalen Verwaltungen insofern eine Schlüsselrolle, da sie vor Ort erste Ansprechpartner für die regionale Wirtschaft sind. Verbesserungsmöglichkeiten bestehen, beispielsweise bei der Nutzung von E-Government-Anwendungen.

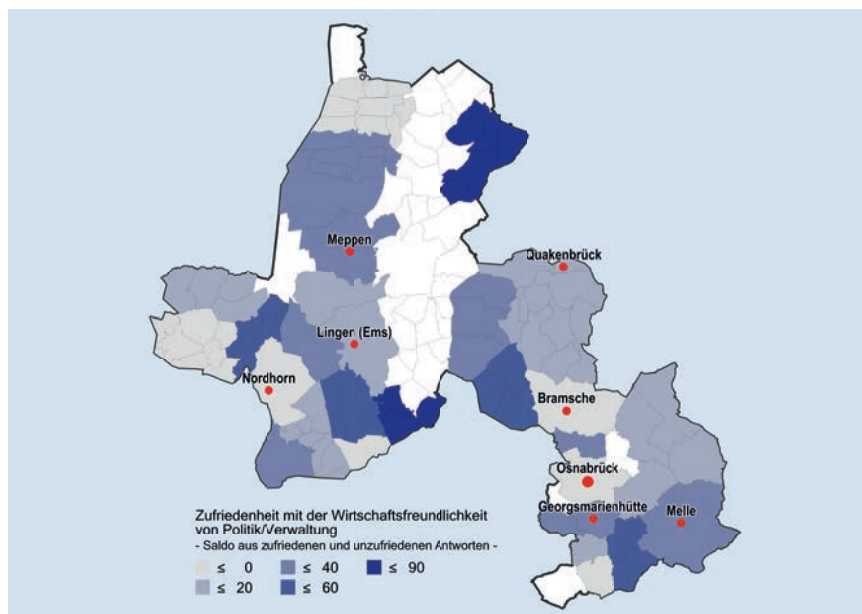


Abbildung 12:
Zufriedenheit mit der Wirtschaftsfreundlichkeit von Politik/Verwaltung

IHK-Position 1.1: Unbürokratischere Regelungen schaffen und digital umsetzen

Bürokratie zählt nach Ansicht der Unternehmen zu den zentralen Schwächen des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Der Mittelstand fühlt sich dabei überproportional belastet.

Auch für die Unternehmen in der Region Osnabrück bedeutet unnötige Bürokratie, dass Spielräume für ihr eigentliches Geschäft eingengt werden. Dabei werden vor allem die Fülle an Regelungen und ihre Unübersichtlichkeit als Hemmnis wahrgenommen, beispielsweise mit Blick auf Melde-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten sowie langwierige Genehmigungsverfahren.

Vor diesem Hintergrund sollten die Verwaltungen auch in der Region Osnabrück ihre Effizienz weiter steigern. Vorschriften sollten klar und verständlich formuliert werden. Sie müssen nicht nur sachlich gerechtfertigt, sondern für Unternehmen auch nachvollziehbar sein. Kommunale Sonderwege oder regulative Flickenteppiche etwa im Bereich der Bauvorschriften sollten die Kommunen vermeiden. Bundes-

oder Landesvorgaben sollten nur „eins zu eins“ umgesetzt werden. Eine wichtige Rolle für eine bessere Kommunikation mit Verwaltungen spielen E-Government-Lösungen. Der Weg dorthin sollte konsequent fortgesetzt werden.

Zur Schaffung unbürokratischer Regelungen und ihrer digitalen Umsetzung sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Entbürokratisierung auf allen Ebenen staatlichen Handelns vorantreiben
- Vorschriften klar und verständlich formulieren
- Kommunale Sonderwege oder regulative Flickenteppiche etwa im Bereich der Bauvorschriften vermeiden
- Bundes- oder Landesvorgaben nur „eins zu eins“ umsetzen
- Melde- und Genehmigungsverfahren verkürzen und digitalisieren
- Chancen der Digitalisierung zum Bürokratieabbau nutzen
- Region zum Vorreiter bei der Einführung von E-Government machen

Quelle: IHK-Standortumfrage 2018. Dargestellt sind diejenigen Kommunen mit 10 und mehr Antworten. Kommunen mit einem geringeren Rücklauf sind weiß eingefärbt.

IHK-Position 1.2: Dienstleistungsgedanken verankern, Ermessensspielräume nutzen

Ein wichtiger Faktor für die Attraktivität von Kommunen ist eine konsequente Dienstleistungsorientierung der Verwaltungen. Die Unternehmen wünschen sich insofern eine „Gelingenskultur“ anstelle einer „Verhinderungskultur“.

Aus Sicht der Betriebe in der Region Osnabrück ist es ebenfalls wünschenswert, wenn in den Kommunen engagierte Ansprechpartner als Lotsen zur Seite stehen und ihre Anliegen auch auf höherer Ebene begleiten.

Grundsätzliches Ziel sollten bessere Verwaltungsangebote und eine schnellere Verfahrensabwicklung sein. Organisatorische Zielvorgaben, eine regelmäßige Überprüfung der Abläufe und die Abfrage der Kundenzufriedenheit können hierbei hilfreich sein. Orientierung hierbei können Zertifizierungen bieten, beispielsweise nach dem RAL-Gütezeichen für eine mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung.

Zur Verankerung des Dienstleistungsgedankens sind folgende Maßnahmen wichtig:

- „Gelingenskultur“ statt „Verhinderungskultur“ etablieren
- Zentralen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung einführen bzw. stärken
- „Unternehmerisches“ Denken in den Verwaltungen verankern
- Qualitätsmanagement mit Blick auf effiziente Abläufe einführen
- An Kriterien von Gütezeichen orientieren bzw. diese erwerben, Leistungsversprechen abgeben
- Kundenzufriedenheit bei Verwaltungsangeboten abfragen

IHK-Position 1.3: Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen zurückfahren

Die Kommunen in der Region Osnabrück weiten ihre wirtschaftliche Betätigung über die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge hinaus immer weiter aus. Auf diese Weise entsteht immer häufiger ein direktes Wettbewerbsverhältnis zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen. Dieses steht im Widerspruch zur Intention des § 136 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), der auf eine Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen abzielt. Die Unternehmen tragen mit ihren Gewerbesteuern erheblich zur Finanzierung der Kommunen bei. Treten kommunale Gesellschaften in einen (privilegierten) Wettbewerb mit ihnen, reduzieren sie dadurch gleichzeitig die Steuerbasis in der jeweiligen Kommune.

Für die Privatwirtschaft hat die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen mitunter erhebliche Nachteile. Das gilt vor allem dann, wenn für private und kommunale Unternehmen unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen bestehen. Kommunen sollten daher – unabhängig von den zuletzt aufgeweichten landesgesetzlichen Regeln – strikt den Grundsatz der Subsidiarität befolgen. Sofern private Anbieter in der Lage sind, die erwünschte Leistung ebenso gut wie der öffentliche Anbieter zu erbringen, sollten sie auch den Vorzug erhalten.

Zur Reduzierung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen sind folgende Maßnahmen wichtig:

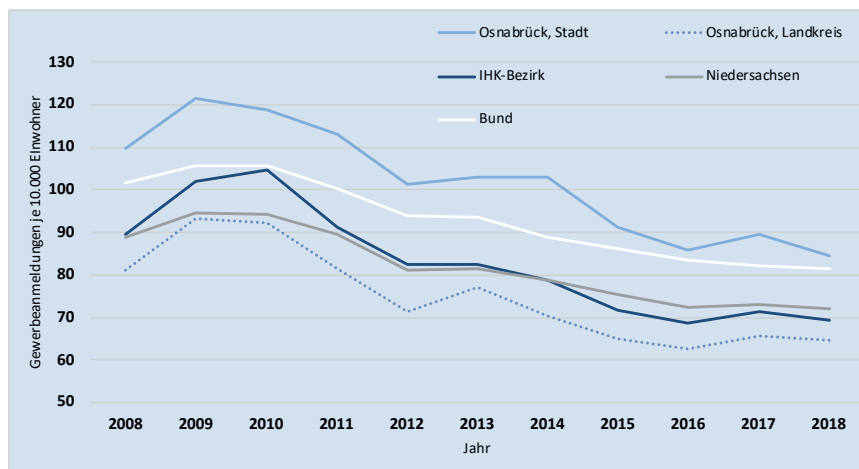
- Wirtschaftliche Betätigung auf die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge beschränken
- Kommunale Aufgaben und Ausgaben – auch die der Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen – kritisch überprüfen
- Faire Wettbewerbsbedingungen zwischen privaten und öffentlichen Anbietern sicher stellen
- Bei der Grundstückerschließung, im Wohnungsbau und in der Immobilienwirtschaft den Wettbewerb nicht zugunsten etwaiger kommunaler Gesellschaften verzerren
- Interessen von mittelständischen Unternehmen bei öffentlichen Auftragsvergaben berücksichtigen

Kernanliegen 2 – Gründungs- und Unternehmensklima stärken

Neue Unternehmen sind eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft. Sie fördern den Wettbewerb, modernisieren die Wirtschaftsstruktur und schaffen neue Arbeitsplätze.

Die Gründungsdynamik war jedoch auch in der Region Osnabrück zuletzt vergleichsweise gering (siehe Abbildung 13). Insofern bleiben zahlreiche Wachstumschancen ungenutzt.

Um dies zu verbessern, kann ein intensiverer Dialog zwischen Unternehmern einerseits sowie Schulen, Hochschulen, Politik und Verwaltungen andererseits hilfreich sein. Ziel sollte sein, das Verständnis für unternehmerisches Handeln zu verbessern und die Wertschätzung für Unternehmertum zu erhöhen.



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Abbildung 13:
Gewerbeanmeldungen je 10.000 Einwohner in der Region 2008–2018

IHK-Position 2.1: Mehr Wertschätzung für das Unternehmertum verankern

Die Vermittlung von Wirtschaftswissen, auch zu Unternehmensgründungen, fällt in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ab. Die Präferenzen für eine unternehmerische Selbstständigkeit sind deshalb eher gering.

Wertschätzung für Unternehmertum ist auch für die regionalen Unternehmen in der Region Osnabrück wichtig. So sichern Know-how und Interesse am Unternehmertum Fachkräftenachwuchs, sind Basis für neue Gründungen und legen den Grundstein für Betriebsnachfolgen.

Zu einem realistischeren Unternehmerbild kann u. a. die Integration von wirtschaftlichen Themen in den Schulunterricht beitragen. Die Themenfelder „Unternehmertum“ und „Wirtschaft“ sollten dort fest verankert und der Austausch mit Unternehmern intensiviert werden. Zu einer Kultur der Wertschätzung gehört auch, den Bestand der Unternehmen vor Ort zu pflegen und diese zu unterstützen.

Zur Verankerung von mehr Wertschätzung für Unternehmertum sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Verständnis für unternehmerisches Handeln durch einen intensivierten Dialog zwischen Unternehmern sowie Schulen, Hochschulen, Politik und Verwaltungen verbessern
- Die Themenfelder „Unternehmertum“ und „Wirtschaft“ in den Schulen verankern
- Regionale Wirtschaftsförderung stärken
- Bestand der Unternehmen vor Ort pflegen und Unternehmen unterstützen

IHK-Position 2.2: Gründungen unterstützen

Trotz zuletzt sinkender Gründungsintensität hat die Region Osnabrück Erfolge bei Existenzgründungen. Eine hohe Bedeutung haben dabei die Hochschule und die Universität. Auch die Zusammenarbeit mit den zahlreichen mittelständischen „Hidden Champions“ bieten Entwicklungsmöglichkeiten.

Gleichzeitig leiden die Gründer in der Region an den gleichen Problemen wie im Rest des Landes. So bemängeln sie, dass auch in der Region Osnabrück Gründer durch Regulierungen und Steuern zu stark belastet werden. Aufwendige und kaum digitalisierte Genehmigungsverfahren, zahlreiche unterschiedliche Anlaufstellen sowie neue Berufszugangs- und -ausübungsregeln verzögern und erschweren häufig den Start von Unternehmen (s. Handlungsfeld Wirtschaftsfreundlichkeit, IHK-Position 1.1.).

Kommunen sollten u.a. ihre digitalen Angebote für Gründer weiterentwickeln. Darüber hinaus sollte die Start-up-Infrastruktur ausgebaut werden. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Gründerzentren in der Region Osnabrück, z. B. das ICO und das Seedhouse in Osnabrück sowie das BIQ in Quakenbrück.

Zur Unterstützung von Gründungen sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Bürokratie für Gründungen und junge Unternehmen abbauen
- Gründerzentren stärken
- Angebote zur Vernetzung von Start-ups mit kleinen und mittleren Unternehmen schaffen bzw. ausbauen
- Finanzierungsbedingungen verbessern
- Beratungsinfrastruktur weiterentwickeln
- Veranstaltungen bündeln, mehr Veranstaltungen wie die Gründertage anbieten
- Mehr Unterstützung in der zweiten Phase des Wachstums junger Unternehmen

IHK-Position 2.3: Innovations- und Wissenstransfer optimieren

Eine flächendeckende Technologieinfrastruktur in der Region Osnabrück fördert die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Der Wissenstransfer zwischen der Wirtschaft und der Wissenschaft hat in den zurückliegenden Jahren deutlich an Qualität gewonnen. Die Nutzung der wissenschaftlichen Kompetenz durch die Unternehmen ist aber weiter ausbaufähig.

Um die Zukunftsfähigkeit der regionalen Wirtschaft zu sichern, sollten die Akteure der Region dem Thema Innovation mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Zur Optimierung von Innovations- und Wissenstransfer sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Kooperationen unter Unternehmen fördern
- Wissens- und Technologietransfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft unterstützen
- Regionale Transferkompetenz verbessern, z. B. durch Gründung von ZIM-Netzwerken
- Patenschaften von Unternehmen für junge Unternehmen initiieren
- Zusammenarbeit zwischen Hochschule/Universität und Unternehmen stärken, z. B. durch Transfer-Agenten im Verbundprojekt PROACTOS
- Potenziale des Schwerpunktes „Künstliche Intelligenz“ nutzen
- Durch Kooperation von Hochschulen und Unternehmen Industrie 4.0 vorantreiben
- Durch Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft Smart Areas entwickeln und Voraussetzungen für Smart Farming schaffen

Kernanliegen 3 – Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Für eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen und regionalen Institutionen gibt es viele gute Gründe. Gerade in der kleinteilig abgegrenzten Region Osnabrück spielt dieses Thema eine wichtige Rolle. Dies beinhaltet in erster Linie eine engere Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Landkreis Osnabrück (siehe auch Handlungsfeld Standortattraktivität, Position 2.1). Darüber hinaus bieten sich bei den Städten und Gemeinden bzw. zwischen Landkreis und Kommunen zahlreiche Formen der Zusammenarbeit an, um die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung gemeinsam besser zu erledigen.

IHK-Position 3.1: Kommunale Aufgaben gemeinsam erfüllen

Vor dem Hintergrund zunehmender Anforderungen kann nicht jede Gebietskörperschaft immer jede Dienstleistung auch selbst in der besten Qualität anbieten. Insofern ist wichtig, dass sich Kommunen ergänzen und mit Kooperationspartnern abstimmen.

Aus Sicht der Unternehmen bietet (interkommunale) Kooperation die Chance, ein aufeinander abgestimmtes Angebotsportfolio zu erhalten. Die Zusammenarbeit von Kommunen und anderen regionalen Einrichtungen bietet zudem die Chance, Kosten zu senken.

Dabei eignen sich viele kommunale Aufgaben für diese Zusammenarbeit. Dies reicht von der Raumentwicklung, dem Flächenmanagement, der Planung und Entwicklung von Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen über den ÖPNV, die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur und technischen Einrichtungen bis zur gemeinsamen Beschaffung sowie gemeinsamen Dienststellen mit spezialisiertem Personal. Die Kommunen in der Region Osnabrück sollten intensiver als bisher mögliche Anwendungsgebiete für Kooperationen identifizieren.

Zur gemeinsamen Erfüllung von kommunalen Aufgaben sind folgende Maßnahmen wichtig:

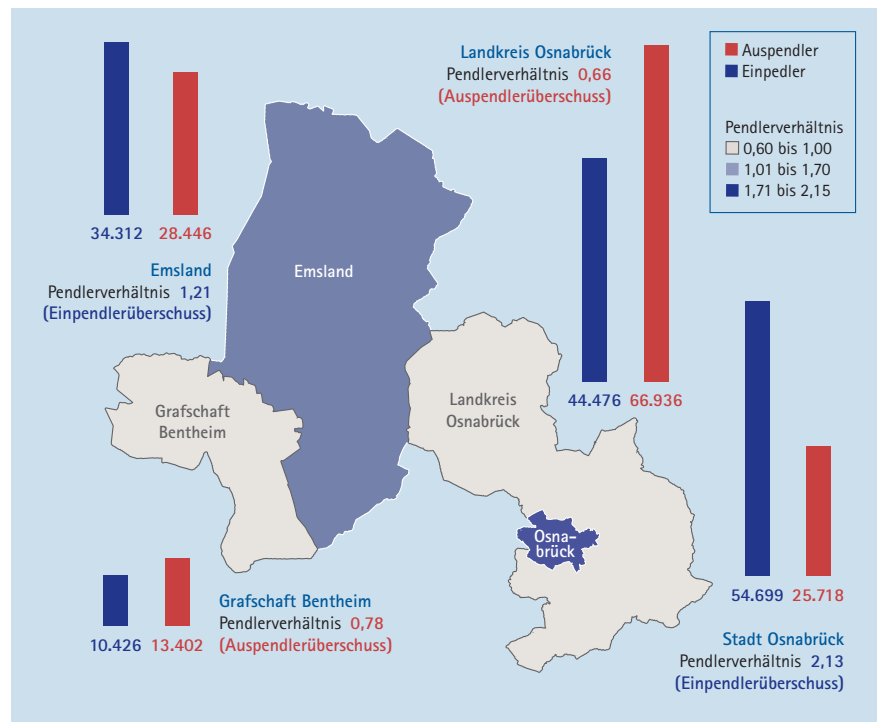


Abbildung 14:
Pendlerverknüpfungen der Region

- Anwendungsgebiete für (interkommunale) Zusammenarbeit identifizieren und Kooperation ausbauen (z. B. Regionalmarketing; Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung; siehe auch Handlungsfeld Standortattraktivität, Position 2.1)
- Regionalen Zusammenhalt unter Einbeziehung des westfälischen Einzugsgebietes festigen
- Synergieeffekte nutzen, um Qualität zu steigern und/oder Kosten zu reduzieren
- Trassenkorridore für Infrastruktur gemeinsam benennen

IHK-Position 3.2: Über Landesgrenzen hinweg intensiver zusammenarbeiten

Der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist ein zentraler Baustein, um die Funktionsfähigkeit der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsräume zu verbessern. Für die Wirtschaft in der Region Osnabrück hat dabei der Austausch mit Nordrhein-Westfalen zwar eine wichtige Bedeutung. Allerdings sind die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit noch nicht ausgeschöpft.

Nach wie vor bestehen rechtliche und verwaltungstechnische Hürden, die grenzüberschreitende Aktivitäten hemmen. Dies betrifft u. a. den Öffentlichen Nahverkehr und den Straßengüterverkehr. Auch die fehlende Abstimmung bei den gesetzlichen Feiertagen Reformationstag und Allerheiligen ist für die Wirtschaft diesseits und jenseits der Landesgrenze ein Problem.

Für eine intensivere Zusammenarbeit über Länder- und Bundeslandgrenzen hinweg sind folgende Maßnahmen wichtig:

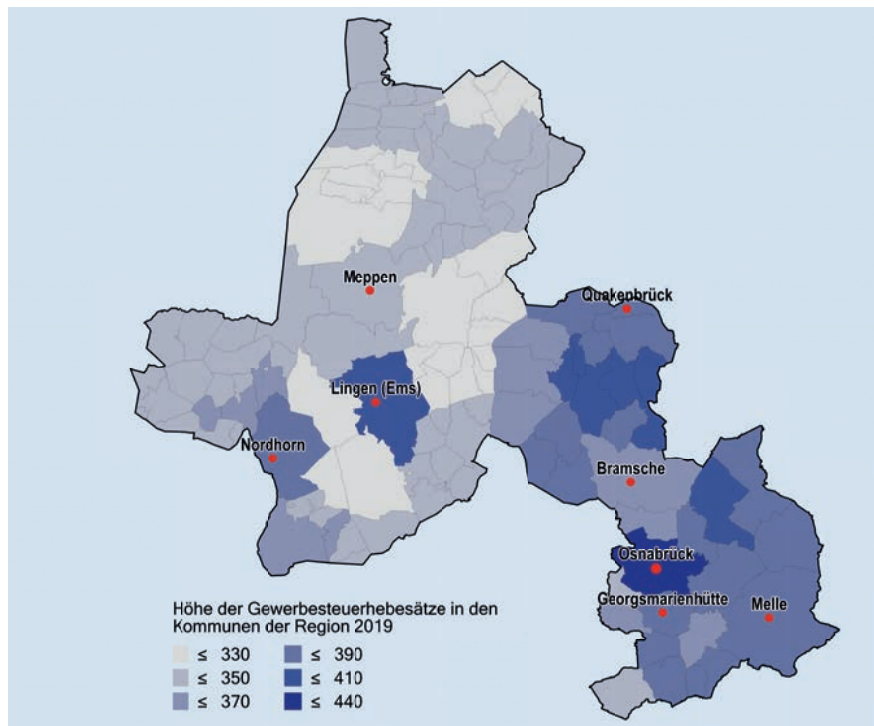
- Initiativen über die Grenzen des Landkreises hinweg entwickeln
- Kleinräumige Sonderregelungen für die Feiertage Reformationstag und Allerheiligen etablieren
- Abstimmung der Baulastträger bei grenznahen Baustellen bundesländerübergreifend verbessern

Kernanliegen 4 – Kommunale Haushalte nachhaltig und wirtschaftsfreundlich finanzieren

Die Höhe der Steuern ist ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Auf kommunaler Ebene sind v.a. Grund- und Gewerbesteuer zentrale Einnahmequellen: 2018 sorgten diese in Niedersachsen für rund 57% aller Steuereinnahmen der Kommunen.

In der Region Osnabrück sind die Realsteuerhebesätze zwar deutlich höher als beispielsweise im benachbarten Emsland (siehe Abbildung 15). Im landesweiten Vergleich und auch im Vergleich zu den Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind die Hebesätze allerdings nach wie vor moderat. Dementsprechend zeigt sich auch in der IHK-Standortumfrage ein gemischtes Bild: 47% der Unternehmen in der Region Osnabrück sind mit der Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer zufrieden.

Im Vergleich zur vorherigen Umfrage steigt die Unzufriedenheit der Unternehmen mit der Höhe der Hebesätze allerdings deutlich. Insofern sollten die Kommunen darauf achten, ihren bisherigen Standortvorteil nicht zu verspielen und auf weitere Steuererhöhungen verzichten. Darüber hinaus sollten sie auch ihre Bemühungen um Konsolidierung, unter anderem durch Aufgabenkritik, Digitalisierung und Kooperation, intensivieren.



Quelle: IHK-Realsteueratlas 2019

Abbildung 15: Höhe der Gewerbesteuerhebesätze in den Kommunen der Region 2019

IHK-Position 4.1: Steuer- und Abgabenerhöhungen vermeiden

Niedersachsenweit liegt der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz im Jahr 2019 bei 403%. Insofern ist der Landkreis Osnabrück mit einem durchschnittlichen Hebesatz in Höhe von 378% im Steuerwettbewerb noch vergleichsweise gut platziert. Allerdings zeigt der Langfristvergleich, dass die Gewerbesteuer in den vergangenen 10 Jahren lediglich in sieben der 34 hebesatzberechtigten Kommunen konstant geblieben ist. Durchschnittlich stieg der Hebesatz in diesem Zeitraum um 28 Prozentpunkte an. In der Stadt Osnabrück stieg der Hebesatz im gleichen Zeitraum um 15 Prozentpunkte auf aktuell 440%.

Die kontinuierlichen Steuererhöhungen belasten die Unternehmen zunehmend und sorgen neben den Bundes- und Landessteuern mit dafür, dass die Unternehmen im internationalen Wettbewerb immer stärker benachteiligt sind. Hohe kommunale Steuersätze verschlechtern auch die regionalen Standortbedingungen.

Die Konsolidierung der Kommunalhaushalte kann langfristig nicht auf der Einnahmenseite erfolgen. Steuererhöhungen bei der Gewerbe- und Grundsteuer dürfen daher nicht erster, sondern nur ggf. letzter Schritt sein. Die anstehende Reform der Grundsteuer darf zudem nicht für versteckte Steuererhöhungen genutzt werden. Auch die Einführung neuer Gebühren und Abgaben muss vermieden werden. Auf die Erhebung von Bagatellsteuern und -abgaben sollte grundsätzlich verzichtet werden. Insgesamt sollte die Steuerbelastung der Unternehmen am Standort reduziert werden.

Zur Vermeidung von Steuer- und Abgabenerhöhungen sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze nicht weiter erhöhen
- Steuersenkungspotenziale prüfen
- Reform der Grundsteuer nicht für versteckte Steuererhöhungen nutzen
- Auf die Erhebung von Bagatellsteuern und -abgaben verzichten
- Auf neue kommunale Gebühren und Abgaben, die zu Mehrbelastungen für die Wirtschaft führen, verzichten

IHK-Position 4.2: Konsolidierung über Ausgabenseite erreichen

Bei konkreten Haushaltsdefiziten sind in der Regel nicht die kommunalen Einnahmen zu niedrig, sondern die Ausgaben zu hoch. Die Konsolidierung der Kommunalfinanzen darf deshalb nicht auf der Einnahmenseite beginnen, sondern muss über die Ausgabenseite erfolgen.

Aus Sicht der Unternehmen sollten Einsparmöglichkeiten insbesondere bei rein konsumtiven Ausgaben ausgeschöpft werden. Zukunftsinvestitionen – etwa in den Bereichen Bildung und Infrastruktur – bleiben für die Wirtschaft prioritär.

Den Ausgangspunkt langfristiger Haushaltskonsolidierung sollte eine fundierte Aufgaben- und Ausgabenkritik bilden. Ohne grundsätzliche Aufgabenkritik und Disziplin bei den Ausgaben können keine finanziellen Reserven erschlossen werden. Es muss systematisch geprüft werden, welche Ausgaben tatsächlich notwendig, zielführend und angemessen sind.

Zur Konsolidierung der Kommunalhaushalte über die Ausgabenseite sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Aufgabenkritik durchführen, Kostenbewusstsein steigern
- Maßnahmen zur Kostenreduzierung durchsetzen
- Vergleichbarkeit und Transparenz der Haushalte herstellen
- Ermessensspielräume bei allen Pflichtleistungen für Einsparungen nutzen
- Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur priorisieren
- Chancen für intelligente Privatisierung kommunaler Betriebe prüfen und nutzen
- Beteiligungsverkäufe prüfen
- Optimales Verhältnis im Spannungsfeld „Aufgabenerledigung vor Ort“ vs. „Notwendige Delegation von Aufgaben auf höhere administrative Ebenen“ finden



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Bundesfernstraßen in der Region
Abbildung 2	Breitbandverfügbarkeit: Versorgung mit 100 Mbit/s in der Region
Abbildung 3	Vorhaben aus dem Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) und dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)
Abbildung 4	Beschäftigungsquoten von Frauen in Niedersachsen
Abbildung 5	Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss in Niedersachsen
Abbildung 6	Unterrichtsversorgung an den BBSn in Niedersachsen 2007–2018
Abbildung 7	Prüfungsabsolventen im Bereich der Höheren Berufsbildung 2009–2019
Abbildung 8	Handelszentralität in den Kommunen der Region 2018
Abbildung 9	Relativer Wanderungssaldo der 18- bis 30-Jährigen in Niedersachsen
Abbildung 10	Besuchsquoten der Unter-3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen
Abbildung 11	Zufriedenheit mit der Wohnsituation in der Region
Abbildung 12	Zufriedenheit mit der Wirtschaftsfreundlichkeit von Politik/Verwaltung
Abbildung 13	Gewerbeanmeldungen je 10.000 Einwohner in der Region 2008–2018
Abbildung 14	Pendlerverknüpfungen der Region
Abbildung 15	Höhe der Gewerbesteuerhebesätze in den Kommunen der Region 2019



Die vorliegenden Regionalpolitischen Positionen wurden von Unternehmern und Führungskräften aus der Stadt und dem Landkreis Osnabrück erarbeitet. Viele von Ihnen engagieren sich ehrenamtlich im Regionalausschuss Region Osnabrück der IHK. In diesem Rahmen befassen sie sich regelmäßig neben allgemeinen Fragestellungen der Wirtschaft insbesondere auch mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten der Ausschussregion.

Im Regionalausschuss tauschen die Mitglieder Erfahrungen aus und erarbeiten auf Basis ihrer Expertise regionale Schwerpunktthemen. Oftmals werden die gebündelten Meinungen über lokal oder regional bedeutsame wirtschaftliche Vorkommnisse

in Resolutionen zusammengefasst und verabschiedet. Auf diese Weise berät der Regionalausschuss die Vollversammlung, das Präsidium und die Geschäftsführung der IHK.

Zur Erarbeitung der vorliegenden Positionstexte fand am 9. Mai 2019 ein moderierter Workshop statt. Am 1. Oktober 2019 wurden die Regionalpolitischen Positionen schließlich in einer weiteren Sitzung des Regionalausschusses beschlossen.

Die Bilder zeigen einige der Mitglieder im Rahmen des Workshops.

Eine vollständige Liste aller Mitglieder finden Sie im Internet unter www.osnabrueck.ihk.de (Dok-Nr.: 3659590) oder durch Scannen des folgenden QR-Codes:



